



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2006/2009
20. Sitzung	Donnerstag, 10. Dezember 2009 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Andreas Schweizer, Präsident
Protokoll	Stefan Ackermann, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Erich Gutknecht Denise Hunziker
Anwesend	38 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates
Entschuldigt	Lisa Dikk René Roth
Ende der Sitzung	22.40 Uhr

Behandelte Geschäfte	Seite
1 2009/152 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokolle	483
2 2009/153 Einbürgerungen	484
3 2009/154 Gemeindevertrag Zusammenschluss zum Betriebsamt Siggenthal-Ennetbaden	486
4 2009/155 Nuechtalstrasse, Nussbaumen: Strassen-, Wasserleitungs- und Kanalisationssanierung; Projekt und Kredit von 693'000 Franken	488
5 2009/156 Landstrasse K114, Kirchdorf; Strassen- und Wasserleitungssanierung; Ausbau mit Pfortnerung und Busspur, Kreisel Brühlstrasse und Mittelzone Wiedackerstrasse; Genehmigung Projekt und Kredit über 1'325'000 Franken	491
6 2009/157 Landstrasse K114, Rieden; Strassen- und Werkleitungssanierung Projekt und Kredit von 1'439'000 Franken	498
7 2009/143 Erarbeitung eines Konzepts für Tagesstrukturen	500
8 2009/158 Umfrage	502
9 2009/159 Schlussworte und Verabschiedungen	504

Andreas Schweizer, Präsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 20. und letzten Sitzung dieser Legislaturperiode. Begrüssen möchte ich auch die Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreter der Presse und natürlich die Gäste - unter ihnen einige vorzeitig zurückgetretene Ratsmitglieder. Zuerst möchte ich allen wiedergewählten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten ganz herzlich zur Wahl gratulieren. Nach meiner Zählung werden 27 bisherige im Januar wieder dabei sein. Diese Mehrheit sorgt für Erfahrung und Konstanz. Ich wünsche allen viel Erfolg bei der politischen Arbeit.

Neben mir brennt eine Kerze. Diese wurde vor ein paar Minuten hier hingestellt. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass heute der Tag der Menschenrechte ist. Deshalb wollen wir diese Kerze brennen lassen.

Für die heutige Sitzung haben sich Lisa Dikk und René Roth entschuldigt.

Es sind 38 Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 20.

Unsere Stimmzählerin, Lisa Dikk, ist entschuldigt. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, dass Erich Gutknecht heute das Amt des Stimmzählers übernimmt.

Zur Traktandenliste: Gibt es Fragen oder Änderungsanträge zur Traktandenliste?

Das Wort wird nicht verlangt.

8 2009.152 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokolle

Andreas Schweizer: Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 30. November 2009 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellte Beschlüsse des Einwohnerrates vom 22. Oktober 2009 in Rechtskraft erwachsen: Voranschlag 2010 (mit Berichterstattung über Anträge und Empfehlungen der Arbeitsgruppe Überprüfung Finanzen); Definitive Einführung Jugendnetz Siggenthal und Genehmigung Gemeindevertrag, Erhöhung der Schulsozialarbeit um 50 %. Erhöhung der offenen Jugendarbeit um 20 Stellenprozent und um eine Praktikumsstelle.

Zu den **Mitteilungen:** Die Liste der Sitzungsdaten fürs nächste Jahr liegt auf ihren Tischen. Die erste konstituierende Sitzung findet am 21. Januar 2010 statt.

Wie jedes Jahr in der Dezembersitzung liegt auf ihrem Tisch ein Biberli, bezahlt aus dem Spesenkonto des Präsidenten zugunsten der Behinderten. Sie dürfen das Biberli auch gerne mit nach Hause nehmen. Im Foyer sind nämlich die Tische gedeckt für einen kleinen Imbiss nach der Sitzung.

Mit der Anwesenheitsliste zirkuliert auch eine Liste in der sich die Zurücktretenden eintragen können, wenn sie weiterhin die Unterlagen des Einwohnerrates bekommen möchten. Dieses Abo ist kostenlos.

Vom Gemeinderat wünscht Gemeindeammann Max Läng das Wort.

Max Läng, Gemeindeammann: Tant de bruit pour une omelette, oder, hintendrein ist man immer gescheiter.

Die 300'000 Franken, die von privater Seite für die Lärmschutzwand gesammelt worden sind, um eine Volksabstimmung vermeiden zu können, müssen nicht in Anspruch genommen werden. Die Gemeinde wird diesen Betrag bis Ende Jahr zurückzahlen.

Der Grund liegt darin, dass der ursprünglich im Einwohnerrat beantragte Baukredit für die Lärmschutzwand zwischen der Siggenthalerbrücke und dem Brisgi von 1.86 Mio. Franken nur gerade um 5'000 Franken überschritten worden ist. Die Minderkosten sind die Folge einer engen Projektbegleitung, und verschiedenen Projektoptimierungen, vor allem bei den Baumeisterarbeiten. So konnten die Anzahl von Bauplatzinstallationen verkleinert werden, kürzere Bauzeiten und weniger Personaltransporte. Weil die Bodenverhältnisse, vor allem bei den steilen Böschungen wesentlich besser als angenommen waren, konnten die Submissionsausmasse, also Aushub, Beton, Hinterfüllungen, deutlich reduziert werden. Man musste keine Nachinjektionen machen und konnte auf Mikropfähle ganz verzichten. Auch bei den Honoraren konnte wesentlich gespart werden und verschiedene Gebühren entfielen ganz oder waren wesentlich günstiger als angenommen. Alles in allem konnten die befürchteten Mehrkosten von 300'000 Franken vollständig aufgefangen werden und das Projekt zu einem guten Abschluss gebracht werden.

Neueingänge gibt es keine.

Zu den **Protokollen**: Wir haben heute zwei Protokolle zu genehmigen. Zum Protokoll vom 3. September 2009 sind keine Einwände vorgebracht worden. Es gilt somit gemäss § 24 des Geschäftsreglements als genehmigt.

Beim Protokoll vom 22. Oktober 2009 muss auf Seite 477 eine Korrektur vorgenommen werden. Bei den fettgedruckten Abstimmungen muss es jeweils **Jugendarbeit** heissen, an Stelle von Schulsozialarbeit. Dieser Begriff muss dreimal ersetzt werden. Zudem stammt der Antrag um Genehmigung der Variante 1 nicht von der CVP, sondern von der **FDP**.

Der Abstimmungstext wird im heutigen Protokoll richtiggestellt. Zudem wird das Original geändert. Ich hoffe, dass sie mit diesen Korrekturen einverstanden sind. Damit wäre auch dieses Protokoll gemäss § 24 des Geschäftsreglements genehmigt. Ich danke Stefan Ackermann für die Abfassung.

Seite 477 im Protokoll vom 22. Oktober 2009 lautet korrekterweise:

Abstimmungen

*Dem Antrag der SVP um Genehmigung der Variante 2, Ausbau der **Jugendarbeit** um 20 % plus Praktikantenstelle, wird mit 24 Stimmen zugestimmt.*

*Dem Antrag der **FDP** um Genehmigung der Variante 1, keinen Ausbau der **Jugendarbeit** sondern nur Aufstockung um eine Praktikumsstelle, wird mit 11 Stimmen zugestimmt.*

Es hat sich 1 Person der Stimme enthalten.

*Der Antrag der SVP um Genehmigung der Variante 2, Ausbau der **Jugendarbeit** um 20 % plus Praktikantenstelle, wird mit 24 Stimmen zugestimmt.*

Dem Antrag des Gemeinderates wird mit 9 Stimmen zugestimmt.

9 2009.153 Einbürgerungen

Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Schweizer: Gibt es Fragen zu den einzelnen Einbürgerungen?

Michael Brandmaier stellt im Namen der FDP-Fraktion den

Antrag,

es sei über alle Gesuche schriftlich und geheim abzustimmen.

Andreas Schweizer: Abstimmungen über Einbürgerungen werden grundsätzlich offen durchgeführt, sofern nicht mindestens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Abstimmung verlangt. Es sind 38 Ratsmitglieder anwesend. Für die geheime Abstimmung sind somit zehn Stimmen nötig.

Der Vorsitzende lässt für alle Gesuche in globo die Stimmen für eine geheime Abstimmung ermitteln. Es entscheiden sich deutlich mehr als zehn Ratsmitglieder für die geheime Stimmabgabe.

Andreas Schweizer: Ich mache darauf aufmerksam, dass die Ablehnung eines Gesuchs begründet werden muss.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

10 2009.154 Gemeindevertrag Zusammenschluss zum Betriebsamt Siggenthal-Ennetbaden

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Max Läng: Ich kann noch einige aktuelle Zusatzinfos liefern. Auf Seite 3 ist übrigens noch ein Fehler. Fälschlicherweise wurde Turgi aufgeführt. Turgi gehört nicht dazu. Die Integration des Betriebsamtes Untersiggenthal wird wesentlich erleichtert, weil sich die ehemalige Leiterin von Untersiggenthal, Madeleine Kuhn, bei uns beworben hat. Wir haben sie bekanntlich schon eingestellt. Sie übernimmt die Nachfolge von Silvio Senger, der gekündigt hat und als Leiter des Betriebsamtes Wettingen gewählt worden ist.

Die neuen Stellen sind ausgeschrieben worden. Im Moment müssen wir mit einer Übergangslösung leben. Die Bewerbungen waren trotz wirtschaftlich schwierigen Zeiten eher bescheiden, die Lohnansprüche aber hoch. Wir sind nicht bereit, jeden Lohn zu zahlen. Deshalb gibt es bis auf weiteres eine Übergangslösung, die folgendermassen aussieht:

- Leiterin Madeleine Kuhn, 100 %
- Stellvertretung Sybille Nyffeler, bisher, 50 %
- Mitarbeiterin Erika Rüegg, bisher, 50 %
- Neuer Mitarbeiter Dino Cramer, 100 % ab 1. Januar 2010
- Aushilfe Corinne von Flüe, 100 %, ab 1. Januar bis 31. März 2010
- Notwendig ist noch eine erneute Ausschreibung für ein 50 % Pensum mit dem Ziel einer Einstellung auf den 1. April 2010.

Bis zum 31. März weisen wir damit 400 statt 350 Stellenprozente auf. Dies ist aus folgenden Gründen nötig: Der neue Mitarbeiter Dino Cramer hat erst die Lehre abgeschlossen und nur wenig Erfahrung im Betriebswesen. Die Springerin Corinne von Flüe muss eingearbeitet werden. Generell ergibt die Zusammenführung zu Beginn einen grösseren Aufwand.

Mit der Zusammenführung der beiden Betreibungsämter muss auch der Gemeindevertrag angepasst werden. Im Gegensatz zu Ennetbaden und Untersiggenthal muss nach Gemeindeverordnung der Gemeindevertrag dem Einwohnerrat unterbreitet werden. Weil der Zusammenschluss keine finanziellen Folgen hat, müssen die beiden Gemeinden keine Vorlage für die Gemeindeversammlung machen.

Gegenüber der vorliegenden Vorlage müssen wir noch eine Änderung beantragen: Im Art. 4, Absatz 5 heisst es: "Die Gemeinden stellen sicher, dass das Betreibungsamt einen Online-Zugriff auf die Einwohnerdaten hat, soweit dies für den Vollzug von Begehren nach SchKG (Gesetz über Schuldbetreibung und Konkurs) notwendig ist. Die Kosten vor Ort sind von der jeweiligen Gemeinde allein zu tragen."

Wir beantragen, dass dieser Satz auf Wunsch der Gemeinde Untersiggenthal ersatzlos gestrichen werden soll. Der Grund: Untersiggenthal will zuerst die Kosten für diesen Online-Zugriff detailliert abklären. Anschliessend werden wir gemeinsam eine Lösung suchen.

Christoph Villiger: Die FDP Obersiggenthal hat diese Vorlage zur Integration des Betreibungsamtes Untersiggenthal mit grossem Interesse studiert. Die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit der Betreibungsämter findet bei uns bereits seit 2001 erfolgreich mit der Gemeinde Ennetbaden statt. Durch diese jetzt beabsichtigte Ausweitung der Zusammenarbeit mit der Integration des Betreibungsamtes Untersiggenthal eröffnet unseres Erachtens ein Synergiepotential, das wir nutzen können. Synergien werden eine höhere Professionalität, eine Verbesserung der Sicherheit des Personals und - da bin ich überzeugt - mittelfristig eine positive finanzielle Auswirkung sein. Dann können zum Beispiel zukünftige Investitionen auf drei anstatt zwei Parteien aufgeteilt werden. Das ist für uns so nachvollziehbar. Über den Erfolg der Integration des Betreibungsamtes, insbesondere auch die finanziellen Auswirkungen, lassen wir uns gerne nach erfolgter Einführung informieren. Aus den vorgenannten Gründen unterstützt die FDP Obersiggenthal einstimmig den aus unserer Sicht wirtschaftlich sinnvollen Zusammenschluss und folgedessen auch den gemeinderätlichen Antrag.

Paul Vogelsang: Auch wir von der SVP-Fraktion finden den Zusammenschluss des Betreibungsamtes Obersiggenthal-Ennetbaden mit Untersiggenthal gut. Wir sind auch dafür, wenn man Synergien nutzen kann und das ist in diesem Fall gegeben. Unsere Fraktion wird den Antrag auch einstimmig unterstützen.

Elisabeth Ochsner: Die ganze Fraktion der CVP unterstützt den Antrag, das Betreibungsamt Untersiggenthal in Obersiggenthal zu integrieren. Wir befürworten die vermehrte Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, weil man längerfristig Kosten sparen kann. Beide Gemeinden profitieren von der Fachkompetenz der bisherigen Leiterin von Untersiggenthal. Die Erhöhung der Stellenpensen um 150 % erscheint uns im Vergleich mit anderen Gemeinden gerechtfertigt. Der Vertragsänderung stimmen wir zu und die polizeiliche Unterstützung ist, falls notwendig, gewährleistet.

Erich Schmid: Ich habe Fragen zu der Vorlage: Auf Seite 3 der Vorlage steht, dass Anpassungen der Büros notwendig werden. Weiss man schon, wie hoch die Kosten sein könnten? Zweite Frage: Die Belastungen für die Gemeinde werden aufgrund der Anzahl Betreibungen erhoben, die Gutschriften aufgrund der Gebühren bzw. der Forderungssumme. Wäre es nicht geschickter, wenn man das vereinheitlichen könnte? Ich gehe davon aus: Grosse Forderungssumme = grosser Aufwand. Kleine Forderungssumme = Kleiner Aufwand. Wir verrechnen hier nicht kongruent.

Max Läng: Wir können noch nicht sagen, welche Kosten anfallen. Im Moment sieht es so aus, dass das Betreibungsamt Untersiggenthal in die heute bestehenden Büroräume integriert werden kann. Wir werden zuerst Erfahrungen sammeln und wenn ein Büroausbau oder -umbau tatsächlich notwendig werden würde, werden wir verschiedene Lösungen prüfen.

Zum Abrechnungssystem: Es gilt die heutige Grundlage für den Entscheid. Der Vertrag besteht so mit Ennetbaden. Wenn wir eine neue Lösung haben wollten, müssten wir nochmals mit den beiden Gemeinden verhandeln. Der Vertrag, so wie er uns vorliegt, liegt auch in Untersiggenthal und Ennetbaden vor. Wir können den Vertrag nicht einseitig verändern. Aber wir nehmen das entgegen.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates,

- 1 Die Integration des Betriebsamtes Untersiggenthal in das Betriebsamt Obersiggenthal wird genehmigt;**
 - 2 Die Erhöhung der Stellenpensen um 150 % wird genehmigt und ein Kredit von 13'000 Franken für die Einrichtung der Räumlichkeiten wird genehmigt;**
 - 3 Die Änderung des Gemeindevertrages wird genehmigt mit dem Hinweis, dass im Vertrag Art. 4 Abs. 5. ersatzlos gestrichen wird;**
- wird einstimmig genehmigt.**

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

11 2009.155 Nuechtalstrasse, Nussbaumen: Strassen-, Wasserleitungs- und Kanalisationsanierung; Projekt und Kredit von 693'000 Franken

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Fabian Humbel, Gemeinderat: Ich habe heute Abend drei Vorlagen. Wir beginnen mit der günstigsten. Ich möchte nicht weiter auf das Projekt eingehen. Sie konnten alle relevanten Informationen der Vorlage und der Aktenaufgabe entnehmen. Wir haben hier wieder ein Projekt unserer ordentlichen Liste der Koordinationssitzungen, auf welcher wir die notwendigen Sanierungen nachführen. Daraus kann man ersehen, wo der Bedarf am grössten ist; einerseits strassenseitig, andererseits bei den Werken. Damit tragen wir zum laufenden Werterhalt der schlechtesten Strassen/Strassenabschnitte bei. Es handelt sich um einen ordentlichen Turnus im Werterhalt mit einzelnen speziellen Elementen. Es gibt eine Bachdurchleitung unter der Strasse, welche im Bereich Hochwasserschutz angepasst werden muss. Gleichzeitig haben wir den Knotenbereich Hertensteinstrasse/Hombergstrasse/Nuechtalstrasse, welcher eine bauliche Veränderung erfahren wird. Der Weg zum Kindergarten Nuechtal soll optisch und gestalterisch hervorgehoben und somit sicherer gestaltet werden. Das ist eine Vorleistung im Bereich Kantonsstrassenbau Hertensteinstrasse, welche in den nächsten paar Jahren voraussichtlich kommen wird. Der Schulwegteil kann verbessert werden.

Rolf Feitknecht: Ich habe eine Frage gleich zu allen drei Vorlagen. Wir haben hier Offerten vorliegend, welche mit 7.6 % Mehrwertsteuer gerechnet wurden. Ab Januar 2010 wird der Mehrwertsteuersatz 8 % betragen. Was gilt nun für die vorliegenden Offerten? Müssen wir allenfalls mit einem Antrag für eine Krediterhöhung rechnen?

Wir haben gesehen, dass eine Sanierung zwingend notwendig ist und wir unterstützen diesen Antrag.

André Ecabert: Auch wenn die Nuechtalstrasse zu den schlechtesten Strassen in diesem Kataster gehört, so ist die Sanierung nicht dringend. Sie ist notwendig, aber nicht dringend. Wir können im Rat nicht einerseits ständig über Kosten lamentieren und andererseits wie heute Abend 3.5 Millionen ausserhalb des Budgets ausgeben und zusätzlich der Bilanz entsprechend belasten. Ich stelle den

Antrag,
die Sanierung der Nuechtalstrasse sei auf das Jahr 2011 zu verschieben.

Adrian Schmid: Wir haben in der Fraktion die Vorlage studiert und finden, dass die Kanalisationsleitungen grosse Schäden aufweisen. Die Wasserleitungen sind in einem schlechten Zustand und die Kanalisation genügt auch versicherungstechnisch den Anforderungen nicht mehr. Wir haben festgestellt, dass im Bereich der Einmündung in die Hertensteinstrasse sichtbare Verbesserungen geplant sind. Das heisst, einerseits für die Verkehrssicherheit der Kindergärten und andererseits auch für die Einmündung in die Hertensteinstrasse. Die Notwendigkeit ist auch der Grund der Leitungsuntersuchung. Die Begründungen sind in der Vorlage klar und gut beschrieben. Wir haben eine detaillierte und sehr lobenswerte Vorlage. Darum stimmt die EVP klar dieser Vorlage zu.

Eine Frage zum Punkt 1.4 Bachdurchlass. Der bestehende Bachdurchlass genügt dem Bach und die Nuechtalstrasse ist baulich in einem schlechten Zustand und muss erneuert werden. Mich würde interessieren, was im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz erneuert wird.

Fabian Humbel: Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben sind wir Mehrwertsteuerbefreit und können somit den Vorsteuerabzug machen. Wir beantragen jedoch den gesamten Betrag, weil wir nach dem Bruttoprinzip Anträge stellen müssen. Im Strassenbereich handelt es sich um eine Summe von 262'000 Franken. Sie können ausrechnen, dass die 0.4 % zusätzliche Mehrwertsteuer rund 1'000 Franken ausmachen. Dafür braucht es keinen Nachtragskredit. Ich kann Ihnen bereits sagen: Die Submission haben wir durchgeführt. Die Resultate müssen wir noch kontrollieren und allenfalls bereinigen. Es sieht so aus, als dass wir unter der beantragten Summe liegen werden.

Zum Hochwasserschutz: Das neu einzubauende Kunststoffrohr hat einen Durchmesser von 1'000 mm. Das entspricht den Vorgaben des Kantons, Abteilung Landschaft und Gewässer. Diese prüft die Hochwassersituationen und berechnet die notwendigen Rohrdurchmesser. Ich gehe davon aus, dass wir uns auf diese Abteilung, welche sich seit Jahren mit solchen Projekten befasst, verlassen können.

Zum Votum von André Ecabert: Man kann alles immer noch ein wenig hinausschieben und erst später behandeln. Allerdings haben wir im Bereich Abwasserleitungen Handlungsbedarf. Die Leitungen sind in einem sehr schlechten Zustand. Wir sind gesetzlich verpflichtet, diese zu sanieren. Auch hier können wir sagen, ein Jahr mehr oder weniger wird keine Ersatzvornahme durch den Kanton nach sich ziehen. Aber wir stehen in der Pflicht und wir sollten unsere Vorbildfunktion wahrnehmen, zumal wir private Hauseigentümer darauf drängen, ihre defekten Hauszuleitungen zu reparieren.

Wir gehen nach einem Programm vor, nicht nach Gutdünken. Es ist genau wie im privaten Bereich. Ein gewisser Werterhalt muss geleistet werden und kann nicht immer hinausgeschoben werden. So bleibt man auf dem Laufenden und es wird keine riesige Sanierungswelle auf uns zukommen. Diese könnten wir personell wie auch finanziell nicht verkraften.

André, wenn du mit "ausserhalb Budget" meinst, dass es nicht im Budget 2010 enthalten ist, dann ist es richtig. Wenn du den Investitionsplan meinst, dann stimmt es nicht. Dort ist es aufgeführt, allerdings nicht ganz in dieser Höhe.

Ich bitte Sie, dieses Projekt nicht zu verschieben. Es entspricht einem fortlaufenden Prozess und fortlaufendem Werterhalt, welcher im gesamten Programm berücksichtigt ist.

Dieter Lüthi: Die FDP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Projekt zu. Es ist notwendig, die Sanierung und den Ausbau vorzunehmen. Die Verkehrssicherheit ist zur Zeit nicht gewährleistet, vor allem nicht für die Kindergärtler. Was uns allerdings erstaunt, ist die vorgesehene lange Bau-

zeit von 6 bis 8 Monaten für diese kurze Strecke. Ich finde das extrem lange. Ich bin zwar kein Experte auf diesem Gebiet, aber ich denke, wenn der Auftraggeber mehr Druck aufsetzen würde und mehr Arbeiter im Einsatz wären, könnte die Bauzeit verkürzt und Kosten gespart werden. Ich möchte den Gemeinderat als Bauherrschaft bitten, der ausführenden Firma beliebt zu machen, das ganze Projekt zeitlich zu kürzen.

Sicherheit ist auch bei der Baustelle ein Thema. Die Kindergärtler müssen auch während der Bauzeit diesen Weg benutzen. Als Laie finde ich 6 bis 8 Monate lang.

Rolf Feitknecht: An der letzten Einwohnerratssitzung hat Franziska Grab gefragt, welches Konzept wir in Bezug auf Strassenbeleuchtung haben. Gibt es heute eine Antwort darauf?

Fabian Humbel: Im Zusammenhang mit dem Projekt Landstrasse wird das Thema Strassenbeleuchtung nochmals aufgegriffen. Die EGS, welche für die Strassenbeleuchtung zuständig ist, ist immer darum bemüht, aktuell und am Ball zu bleiben. Die neusten Lampengenerationen heissen Natriumdampflampen. Mit diesen Lampen können offenbar 30 bis 40 % beim Verbrauch eingespart werden. Es gibt auch technische Geräte mit Dimmerfunktionen. Die EGS versucht, immer auf dem neuesten Stand zu sein und die neuesten Produkte auch zu verwenden. Auch bei Umbauten wird geprüft, ob die alten Kandelaber weiterverwendet und mit neuen Beleuchtungskörpern ausgerüstet werden können. Es gibt auch Techniken, die grössere Investitionen erfordern. In diesen Grenzbereichen muss dann geprüft werden, was machbar und sinnvoll ist.

Die Bauzeit oder -dauer haben wir bereits mit dem Leiter Tiefbau der Gemeinde, Erwin van Bouwelen, diskutiert. Er hat sich sehr dafür eingesetzt, dass die Bauarbeiten schnell vorgenommen werden. Es ist tatsächlich so, dass bei der Sternenstrasse eine überdurchschnittlich lange Bauzeit benötigt wurde. Sie erinnern sich, dass bei der Kreditbewilligung immer wieder Verschiebungen zur nächsten Einwohnerratssitzung vorgenommen wurden. Es gab eine Verzögerung und dann ein relativ spätes "Go" für den Baumeister. Bei der Nuechtalstrasse haben wir eher ein schnelles Projekt. Aufgrund der vorliegenden Verkehrssituation kann nicht gleich der ganze Strassenabschnitt gesperrt werden, sondern es kann nur etappenweise gearbeitet werden. Dies verzögert die Arbeiten natürlich. Wir sind uns jedoch bewusst, dass wir immer auf die Dauer achten müssen und werden als Besteller und Kunde uns erlauben, entsprechend Druck auszuüben.

Für die Sicherheit der Kindergärtler ist es wichtig, dass in Absprache mit den Kindergärtnerinnen die Baustelle bzw. der Schulweg koordiniert werden kann.

André Ecabert: Ich möchte auf das halbherzige Votum von Gemeinderat Fabian Humbel eingreifen, nicht auf das Letzte, sondern auf das Erste. Ich möchte den Einwohnerrat aufrufen, bei diesem Geschäft, in welchem wir die Handlungsfreiheit haben, zuzustimmen und zu verschieben. Der Antrag lautet nicht gegen das Geschäft, sondern auf Verschiebung um ein Jahr. Im vorliegenden Terminplan ist es sehr gut möglich, das Geschäft um ein Jahr zu verschieben. Es gibt keine Dringlichkeit und es besteht keine Gefahr, dass die Kanalisation die Herensteinstrasse herunterfließt. Die Verschiebung ist machbar und wir haben die Möglichkeit, 700'000 Franken dieser 3.5 Millionen, die wir heute mit grösster Wahrscheinlichkeit sprechen werden, um ein Jahr zu verschieben. Privat müssen wir das auch tun. Wenn das Geld knapp wird, müssen wir haushälterisch umgehen. Bei den anderen beiden Projekten sind wir sehr stark eingebunden, weil es sich um Kantonsbauten handelt. Ich möchte Ihnen empfehlen, die Führungsfunktion des Einwohnerrates wahrzunehmen und Prioritäten zu setzen.

Ich bin enttäuscht über die Antwort betreffend Sanierung der Strassenbeleuchtungen. Wir haben letztes Mal aus dem Einwohnerrat angefragt, und wir erwarten ein Konzept, wie man in Obersiggenthal abschaltbare oder dimmbare Strassenbeleuchtungen macht. Einfach nur den Hinweis auf Natriumdampflampen, die es schon seit 30 Jahren gibt.... Vielleicht gibt es neuere Technologien, welche noch mehr Energie sparen. Aber die Natriumdampflampen sind nichts Neues. Wir brauchen abschaltbare und reduzierbare Strassenbeleuchtungen. Jetzt werden die Strassenzüge mit neuen Kabeln verlegt. Jetzt muss man die Strassenbeleuchtung anpassen. Man verpasst wieder eine Chance, bei den Kantons- und Gemeindestrassen einzugreifen. Das Wichtigste: Nehmen Sie sich hier die Freiheit des Einwohnerrats, Prioritäten zu

setzen und zu sparen. Es gilt für das Budget 2010 zu sparen und die Ausgaben ins 2011 zu verschieben.

Andreas Schweizer: André, du bist nicht gegen den Antrag, sondern willst eine Verschiebung. Also werden wir zuerst über den gemeinderätlichen Antrag abstimmen und danach über den Verschiebungsantrag.

Hans-Peter Uehli: Die Gemeinde führt eine Liste über die Strassenabschnitte. Daraus ist die Bewertung ersichtlich. Es wird einerseits der Strassenzustand und andererseits der Zustand der Werkleitungen aufgezeigt. Es ist vom Strassenzustand eindeutig das dringendste Geschäft.

André Ecabert: Hans-Peter, lies bitte Absatz 1.3. Es ist der schlechteste Zustand. Es wird nicht vom dringlichsten geredet. Die Kanalisation liegt in der Klasse 1 bis 3, wobei 3 "erforderlich" bedeutet. Die Kanalisation ist nicht dringlich. Das Wort "dringlich" wird nicht benützt. Es ist der schlechteste Zustand, darüber müssen wir gar nicht diskutieren. Er muss und soll saniert werden, aber es geht um die Prioritäten bei den Finanzen. Wir können von 3.5 Millionen 700'000 Franken verschieben.

Fabian Humbel: Wenn das erste Votum halbherzig war, dann sage ich es jetzt ganz deutlich: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und machen Sie den Werterhalt, der überall gemacht werden muss.

Es ist nicht ganz richtig, dass bei der Kanalisation nicht von "nicht dringend" die Rede ist. In der Vorlage wird die Zustandsklasse VSA1 genannt. Das bedeutet "dringender Sanierungsbedarf". Ein Teil der Leitung liegt in dieser Klasse. Wir haben alle Werke im Bereich der schlechtesten Bewertung. Es liegt an Ihnen, ob Sie den Werterhalt vornehmen wollen. Wenn ja, dann ist es am naheliegendsten, wenn beim schlechtesten Bereich begonnen wird. Ich rufe Sie dazu auf, den Werterhalt zu machen. Er wird nicht günstiger. Er wird nicht unnötiger. Die Auslagen kommen einfach später auf uns zu.

Zum Strassenlampenkonzept: Unser Konzept sieht so aus, dass wir versuchen, den neuesten Technologien zu folgen. Im Einzelfall muss jedoch abgeklärt werden, wie der Stand ist, welche Möglichkeiten wir haben und was die Konsequenzen sind. Ich kann Ihnen die Beurteilung der EGS weitergeben. Bei der Landstrasse haben wir bei den bestehenden Leuchten zwei Leuchtmittel mit 110 Watt. Wir können neue moderne Leuchten einsetzen, welche 150 Watt leisten und rund 30 % einsparen. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, ein elektronisches Bauteil einzubauen, welches in der Nacht die Beleuchtung auf 40 % reduziert. Das Bauteil kostet rund 100 Franken pro Leuchte. Weiter gibt es Methoden zur gesteuerten Nachtabsenkung. Die EGS schreibt jedoch, dass dies einen grösseren Anteil von Blindstrom mit sich bringt und es benötigt Querschnittsverstärkungen der Gerätekabel. Wir evaluieren die Möglichkeiten und entwickeln diese weiter. Wir können nicht einfach ein Konzept aufstellen und das durch die ganze Gemeinde durchziehen, sondern wir prüfen jeden Fall individuell. Die EGS sagt, dass für Kirchdorf zum heutigen Zeitpunkt noch nicht bestimmt werden kann, was genau installiert werden soll. Bis es zur Umsetzung kommt, wird sich die Technik wieder verändert haben und es werden weitere Einsparungen möglich sein. Wir versuchen, dem aktuellsten Trend nachzukommen.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates,

Das Projekt für die Strassen-, Wasserleitungs- und Kanalisationssanierung an der Nuechtalstrasse in Nussbaumen wird genehmigt und hierfür ein Kredit von 693'000 Franken, brutto inkl. MwSt., Preisstand August 2009, bewilligt; wird einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

**Der Antrag von André Ecabert,
die Sanierung der Nuechtalstrasse sei auf das Jahr 2011 zu verschieben;
wird mit 35 zu 1 Gegenstimme, bei 2 Enthaltungen abgelehnt.**

Der Beschluss unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

12 2009.156 Landstrasse K114, Kirchdorf; Strassen- und Wasserleitungssanierung; Ausbau mit Pfortnerung und Busspur, Kreisel Brühlstrasse und Mittelzone Wiedackerstrasse; Genehmigung Projekt und Kredit über 1'325'000 Franken

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Fabian Humbel: Ich möchte nicht auf die Details eingehen, sondern Ihnen in groben Zügen das Projekt aufzeigen. Anhand der aufliegenden Karte über unsere Region sehen Sie die Hauptverkehrsachsen, die durch das Nadelöhr Baden führen. Auf dieser Karte sieht man deutlich, dass wir regional eingebunden sind. Der Kanton ist bei diesem Projekt federführend. Die Gemeinden sind an einzelnen Teilen mitbeteiligt. Die überregionale Problematik kennen Sie: Der Stau am Morgen und der Bus, der deswegen den Fahrplan nicht einhalten kann. Das Projekt Verkehrsmanagement Grossraum Baden-Wettingen wird im Grossrat behandelt und wird auch an anderen Orten weitere Projekte auslösen. Es wird versucht, die Verkehrsstruktur zu entflechten und dem öffentlichen Verkehr die Möglichkeit zu geben, den Fahrplan besser einzuhalten. Während der Stosszeiten ist es nicht immer gewährleistet, dass der Bus rechtzeitig in Baden am Bahnhof ankommt. Das schmälert einerseits die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs und andererseits auch der Gemeinde als Wohnort. Wir bezahlen jährlich viel Geld für den öffentlichen Verkehr. Dadurch haben wir auch Anspruch, dass wir möglichst gut an den öffentlichen Verkehr angeschlossen werden.

Im Bereich unserer Gemeinde gibt es von der Hochbrücke bis Richtung Untersiggenthal überall Pfortnerungen, welche den Verkehr regulieren. Einzig bei Kirchdorf fehlt noch die Pfortnerung. Die Idee des Systems wäre, dass bei Stau der Verkehr nicht in der Gemeinde steht (also ausserhalb des Dorfs) und somit wenigstens innerhalb der Gemeinde zirkuliert werden kann. Zudem soll der Verkehr dort gestaut werden, wo Ausweichmöglichkeiten für den öffentlichen Verkehr, sprich Bus, möglich sind. Letztendlich ist es für die Autofahrer weniger entscheidend, wo sie stehen und eine Viertelstunde verlieren. Entscheidend ist jedoch, dass der öffentliche Verkehr zirkulieren und die Fahrgäste die nächsten Anschlüsse fahrplanmässig erreichen können.

Das Projekt - unter Federführung des Kantons - muss im regionalen Kontext betrachtet werden. Letztendlich ist das Projekt jedoch auch eine Erleichterung für unsere Gemeinde, speziell Kirchdorf. Wir können im Bereich der Einfahrt Kirchdorf in die Landstrasse Erleichterungen schaffen. Heute ist es schwierig, während den Stosszeiten von Kirchdorf her auf die Landstrasse Richtung Baden einzufädeln. Bei diesem Projekt haben wir insofern eine einmalige Situation, dass ein einmaliger Aufwand mit den ganzen Arbeitsgruppen stattgefunden hat. Es wäre auch nicht möglich, jedes Projekt in diesem Rahmen zu bearbeiten. Es ist ein grosses Projekt und es ist richtig und wichtig, die Bevölkerung abzuholen und zu informieren. Es ist nicht möglich, es allen recht zu machen. Wir müssen einen Konsens und eine Mehrheit finden. Wir haben in diesem Bereich sehr viel geleistet. Meines Erachtens ist dieses Projekt so breit abgestützt wie sonst keines.

Es handelt sich um ein regionales Thema und somit um ein regionales Projekt, welches im Vorfeld sehr breit abgestützt wurde.

Sie haben festgestellt, dass wir in Zusammenarbeit mit anderen Werken arbeiten. Im Rahmen des Betriebs- und Gestaltungskonzepts wurden die Varianten Mittelzone und Kreisel diskutiert. Der Entscheid fiel zugunsten des Kreisels. Bei den gewerteten Punkten hat der Kreisel immer besser abgeschnitten, ausser beim Flächenbedarf. Er ist letztendlich flüssiger im Verkehr als eine Lichtsignalanlage. Er ist im Unterhalt günstiger als eine Lichtsignalanlage. Der Standort war auch immer wieder ein Thema. Auch da hat man einen Konsens gefunden. Die Mittelzone und der Bushalt auf der Hauptstrasse werden eine Erleichterung für die einbiegenden Fahrzeuge sein. Wenn der Bus hält, kann vor dem Bus eingefädelt werden. Das ist auch ein Punkt, mit dem man der Befürchtung entgegenkommt, dass die Fahrzeuge über den Kreisel und über den Dorfplatz in Kirchdorf fahren.

In den Medien wurde verlautet, dass das Projekt keinen Kontext habe. Dem muss ich entschieden entgegen treten. Es hat sehr wohl einen Kontext. Es ist vom Kanton her und auch bei uns eingebettet und sehr stark abgestützt. Zum Stichwort Schleichverkehr: Schleichverkehr hat es schon immer gegeben. Das Ausmass ist unklar. Man denkt an Fahrzeuge, die von Untersiggenthal her bei der ersten Kreuzung Richtung Restaurant Paradies abbiegen und beim Kreisel wieder einbiegen. Damit hätte man vermutlich 10 bis 15 Personenwagen überholt. Ob das attraktiv ist? Vor allem wenn man nicht weiss, wie schnell man in den Kreisel einmünden kann.

Es gibt bereits heute viele Fahrzeuge, die die Landstrasse soweit umfahren wie es möglich ist. Diesen Schleichverkehr wird man mit keinen Massnahmen eliminieren können. Letztendlich gibt es noch eine Notfalllösung. Sollte tatsächlich der Schleichverkehr über das Restaurant Paradies aufkommen, so kann ein zeitabhängiges Abbiegeverbot errichtet werden.

Manuel Tejero: Wie Sie lesen konnten, ist die CVP-Fraktion dabei, einen Rückweisungsantrag vorzubereiten. Ich möchte dies erläutern (Manuel Tejero zeigt am Hellraumprojektor Folien und Kartenausschnitte):

Vor allem die Vereinigung Kirchdorf war eingebunden in dieses Projekt. Seit 2003 konnten wir uns damit befassen. Wir haben in der Bevölkerung nach der Meinung gefragt. Wir hatten viele Veranstaltungen. Fast an jeder Veranstaltung waren sehr viele Leute. Das Projekt beschäftigt die Kirchdorfer. Der Rückweisungsantrag basiert auf der Erfahrung und dem Auftrag, den wir sozusagen direkt von der Kirchdorfer Bevölkerung erhalten haben. Wir sollen den Antrag mit folgenden Argumenten zurückweisen (zusammengefasst):

- Das Projekt muss neu gemeindeübergreifend mit Untersiggenthal koordiniert werden, dies auch im Zuge der Projektablehnung durch die Gemeinde Untersiggenthal.
- Die Gemeinde Obersiggenthal ist nicht bereit, die Mehrbelastung und die Mehrkosten durch das Projekt alleine zu tragen.
- Trotz intensiver Mitarbeit durch die Vereinigung Kirchdorf in der Vorphase der Projektierung konnte der Kanton nicht von unseren Bedenken bezüglich Nachteilen auf den Gemeindeteil Kirchdorf überzeugt werden:
 - Durch das vorliegende Projekt mit der Pförtnerung am Knoten Brühlstrasse wird ein Schleichverkehr durch das Dorf (via Zelglistrasse) provoziert.
 - Der Kreisel an der Brühlstrasse wird einen Mehrverkehr durch das Dorf über den Dorfplatz nach sich ziehen (interner Verkehr).
 - Am Knoten Zelglistrasse wird die Einfahrt nicht verbessert und gewisse Abbiegebeziehungen wegfallen (Linksabbiegen nach Baden).
 - Der Fussgängerstreifen vom Dorf (Brühlstrasse) zum Gewerbegebiet und ins Naherholungsgebiet wird gestrichen und damit unnötige Gefahren und Schikanen für Fussgänger geschaffen.
 - Die Situation für den Landwirtschaftsbetrieb Müller an der Landstrasse wird deutlich erschwert, da eine Überfahrmöglichkeit der Busspur nicht zugesichert ist und die Hofzufahrt durch eine Verschmälerung der Bachüberfahrt erschwert wird.

Was wir fordern (zusammengefasst):

- Die Problematik der Busspur und Staustrecken muss mindestens bis ins Gemeindegebiet Untersiggenthal überblickt und projektiert werden. Es kann nicht angehen, dass Obersig-

genthal den ganzen Stau (neu in Kirchdorf, sowie am Kreisel Landschreiber und an der Obersiggenthaler Brücke) auf sich nehmen muss, um den weit her rollenden Verkehr zu beruhigen.

- Wir glauben nicht daran, dass durch diese Massnahmen weniger Verkehr durch Obersiggenthal rollen wird.
- Die Pünktlichkeit des Öffentlichen Verkehrs wird nur an ganz wenigen Tagen pro Jahr fraglich verbessert, weshalb der finanzielle Aufwand für die Busspur und Pfortnerung überdacht werden muss. Eventuell genügt eine einfache Lichtsignalanlage am Knoten Zelglistrasse und Brühlstrasse, sowie die Rückstauung des Verkehrs in Untersiggenthal (für die kurze Zeit der Busdurchfahrt).
- Alle drei Zufahrtsstrassen aus Kirchdorf sollen baulich gleichgestellt werden, damit keine hausinternen Mehrbelastungen (via Dorfplatz) provoziert werden. Wir fordern eine Planung und Berechnung von Einspurstrecken an allen drei Einfahrten, wie sie jetzt für den Knoten Wiedackerstrasse vorgesehen ist. Dies wird wesentlich kostengünstiger werden, als ein 30-Meter-Kreisel an der Brühlstrasse. Bei einer derart einseitigen Verkehrsbeziehung wie an der Landstrasse (überwiegender Verkehr an der Landstrasse mit sehr langen Phasen von kompakten Autoschlagen) ist ein Kreisel ein untaugliches Mittel zur Verbesserung der Einfahrtsbeziehung. Zudem verursacht ein Kreisel mehr Lärm, Benzinverbrauch und damit Luftbelastung.
- Der Fussgängerstreifen an der Brühlstrasse über die Landstrasse muss erhalten bleiben.
- Die Abbiegemöglichkeit aus der Zelglistrasse nach links (Richtung Baden) muss erhalten bleiben.
- Die landwirtschaftliche Tätigkeit des Betriebes Müller darf nicht erschwert werden.

Aufgrund dieser Argumente wollen wir den Rückweisungsantrag stellen. Es ist uns bewusst, dass das mit einem Planungsaufwand verbunden ist und dass nochmals zusammengesessen werden muss. Wenn man den Effort nicht vorher geleistet hat, dann muss man ihn halt hinterher leisten.

Andreas Schweizer: Zum klarstellen: Bei diesem Bauprojekt ist der Kanton federführend. Der Kredit, den wir bewilligen, betrifft Trottoir, Beleuchtung, Leitungen etc, also alles was für die Gemeinde anfällt. Bauherrschaft ist aber nicht die Gemeinde.

Peter Frey: In unserer Fraktion ist folgende Frage aufgetaucht:

Der Bus spielt im ganzen Konzept eine wichtige Rolle. Wer mit dem Auto von Untersiggenthal her kommt, hat den Bus zuerst links, nämlich in der Mitte der Fahrbahn. Danach muss man hinter dem Bus fahren und darf ihn nicht überholen. Weiter vorne gibt es eine Mittelzone, die von allen benutzt werden kann. Dort muss ich mich wieder darauf einrichten. Ab Nussbaumen und Rieden hat es wieder Bushäuschen, bei welchen der Bus überholt werden darf. Für mich bedeutete bis anhin Verkehrserziehung, dass möglichst immer die gleichen Verkehrssituationen und -signalisationen benutzt werden. Ich denke da vor allem an die älteren oder seltenen Verkehrsteilnehmer, für die es nicht immer einfach ist, die Signalisationen zu verstehen. Das schafft Unruhe und Unsicherheit. Ich bin kein Baufachmann, aber ich frage mich was dahinter steckt, dass man den Bus zwingt, viermal hintereinander nach einem anderen Konzept zu fahren.

Armin Schmid: In der SVP-Fraktion ist diese Vorlage unbestritten. Die Aufteilung der Kosten zwischen Kanton und Gemeinde und Eigenwirtschaftsbetrieben hat zuerst für Verwirrung gesorgt. Was der Kreditantrag beinhaltet und was nicht, ist beim genauen Studium klar geworden. Die geplante Busspur und die Pfortnerung begrüßen wir, möchten aber eine gute Lösung für die Erschliessung des Landwirtschaftsbetriebs Müller. Das Thema Schleichverkehr wurde für mich beantwortet. Wir hatten da auch unsere Bedenken. Eine neue Strassenbeleuchtung mit verbesserter Beleuchtung der Fussgängerstreifen ist sicher sinnvoll und trägt zur Verkehrssicherheit bei. Bei der Wasserversorgung unterstützen wir den geplanten Ersatz der Hauptleitung. Erfreulich ist, dass für die Kanalisation nur Instandstellungsarbeiten und keine Ersatzbauten nötig sind. Für mich ist es unverständlich, wie man bei einer Strassensanierung bestehende Einlaufschächte entfernen und verschmutztes Strassenwasser in das angrenzende Kulturland entwässern kann. Das Wasser ist mit Salz, Russ, Oel und Gummiabrieb versetzt. Die Kosten für den Strassenbau belaufen sich auf 4.8 Millionen Franken. Da sollte man doch an eine angemessene Strassenentwässerung denken. Direkt in der Strasse ist eine neue Abwasserleitung geplant. Es wäre doch ein Leichtes, darin Einlaufschächte zu erstellen. In der Vorlage steht fälschlicherweise, dass keine Einlaufschächte vorhanden sind und das Wasser jetzt schon ins angrenzende Kulturland fliesst. Das stimmt nicht. Es hat mindestens 12 wenn nicht 15 Einlaufschächte auf dieser Strecke. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, was er dazu meint.

Dieter Martin: Die FDP-Fraktion hat sich auch mit dieser Frage auseinander gesetzt und ist schlussendlich einstimmig für dieses Projekt. Wir sind der Meinung, dass der Antrag des Gemeinderates sich insbesondere rechtfertigt, weil der öffentliche Verkehr durch die separate Busspur bevorzugt wird. Die Kreiselfrage in Kirchdorf wird einer Lösung zugeführt und der Belag aufgrund der vorliegenden Verkehrs- und Werkleitungssituation ist grundsätzlich auch geregelt.

Fabian Humbel: Ich werde mit Hilfe der Folien erklären: Es gibt einen Wechsel zwischen der Busstrecke in der Mitte und Busbuchten. Der Bus wird in der Mitte geführt, damit er nicht von ganz rechts aussen die Kolonne kreuzen muss, um nach Kirchdorf abzuzweigen. Optisch ist das ersichtlich. Es ist korrekt, dass verschiedene Abläufe vorhanden sind. Unseres Erachtens ist es jedoch klar verständlich. Es war die einfachste Variante für diese Strecke. Wenn es einfacher hätte gelöst werden können, hätten wir das gerne getan. Bei der Strassenentwässerung kann ich Ihnen sagen, dass wir nach heutigem Standart über die Schulter entwässern. Wo genau welche Entwässerungsschächte sind, müsste ich zuerst nachsehen. Wir planen jedoch nichts, was an anderen Orten nicht auch so gemacht werden würde. Das Verfahren ist Standard.

Zum Bericht vom Manuel Tejero: Die Problematik von Busspur und Staustrecken im überkommunalen Zusammenhang ist gegeben. Die Verbindungen führen von der Schöneegg zum Kappelerhof. Bei der Pfortnerung Schöneegg kann der Verkehrsfluss entsprechend gelenkt werden.

Als täglicher Pendler Richtung Baden und weiter muss ich dem Punkt ganz klar widersprechen, dass nur an ganz wenigen Tagen die Pünktlichkeit der ÖV nicht gewährleistet ist. Die Pünktlichkeit ist das ganze Jahr über nicht gegeben, natürlich mit Spitzenzeiten im Herbst und Winter. Gerade aus diesem Grund müssen wir eine Pfortnerung und eine Busspur machen. Die Pfortnerung muss weiter hinten gemacht werden, wo der Bus nicht drin stecken bleibt. Das ist nämlich in der Regel das Problem: Z.B. bei der Zentrumshaltestelle ist der Bus bereits 2 bis 3 Minuten zu spät. Das sind dann die 2 oder 3 Minuten, die er zu spät in Baden ankommt und es für die Pendler nicht mehr auf den Zug reicht.

Zur Gleichstellung aller Zufahrtsstrassen: Es ist uns klar, dass eventuell der eine oder andere den Kreisel umfährt und somit Mehrverkehr über den Dorfplatz bringt. Aus diesem Grund haben wir bei der Wiedackerstrasse diese Mittelzone, damit es eine zweite Möglichkeit gibt. Diese Mittelzone erlaubt nicht, dass ohne weiteres rausgefahren und ohne Probleme in den Verkehr eingefädelt werden kann. Die Mittelzone kreuzt grundsätzlich den rollenden Verkehr. Die Kolonne muss benützt werden, um in die Mittelzone zu kommen und nachher muss in die Hauptstrasse eingefädelt werden.

Es ist nicht so, dass man einfach beschlossen hat, dass jetzt ein Kreisel gebaut wird. Die Verkehrsplanung des Kantons hat eine Beurteilung erstellt, wonach klar hervorgeht, dass der Kreisel die optimalste Variante ist.

Kreisel und mehr Lärm: Man hat auch schon bei Rotlicht davon geredet. Natürlich muss bei einem Kreisel abgebremst und wieder angefahren werden. Bei Lichtsignalen muss allerdings komplett angehalten werden. Je nach dem wie weit hinten man steht, muss man sogar noch den Motor abstellen. Das verursacht in der Regel mehr Lärm.

Fussgängerstreifen: Nehme ich so mit, das werden wir prüfen. Das ist ein nicht unerhebliches Detail. Ich kann die Frage nicht aus dem Stand beantworten.

Landwirtschaftliche Tätigkeit: Es ist so, dass Steffi Müller durch das Projekt betroffen ist. Es ist allerdings auch so, dass er in das Projekt eingebunden ist. Es haben Gespräche stattgefunden. Es gibt noch einige Punkte zu klären. Steffi Müller hat allerdings auch eine komfortable Verhandlungssituation, da der Kanton letztendlich mehr Bittsteller bei ihm ist als umgekehrt.

Mehrbelastung und Mehrkosten durch das Projekt: Das ist nicht ganz korrekt. Es handelt sich um eine regional übergreifende Thematik. Jede Gemeinde hat ihre Last im Zusammenhang mit dem Verkehr zu tragen. Untersiggenthal musste Massnahmen bei der Landstrasse tragen, Baden, Wettingen, Dättwil...

Zum Thema einbinden und abholen der Leute aus Kirchdorf: Dass der grösste Teil der Kirchdorfer dieses Projekt anzweifelt, möchte ich bestreiten. Ich habe entsprechende Rückmeldungen aus Kirchdorf. Lassen Sie sich nicht von gewissen Leuten blenden. Es gibt exponierte Leute, die sich einsetzen. Das ist richtig und das möchte ich nicht in den Schatten stellen. Ich möchte Ihnen jedoch beliebt machen, diese Voten nicht als alleiniges und gültiges Wort der Kirchdorfer Bevölkerung zu werten.

Peter Stucki: Seit der Obersiggenthaler Brücke haben wir rund 80 % Verkehrszunahme in unserer Gemeinde. Indem wir den öffentlichen Verkehr vom motorisierten Privatverkehr trennen, schaffen wir automatisch mehr Kapazität für den motorisierten Privatverkehr. Das heisst, wir werden noch mehr Verkehr in Obersiggenthal haben. Das könnte der Mehrheit der Bevölkerung, die die Brücke wollte, egal sein, wenn der Verkehr irgendwo hin käme. Aber er geht ja auf den Schulhausplatz Baden und das Problem ist nicht gelöst. Indem wir mit solchen Massnahmen mehr Verkehr durch Obersiggenthal lassen, bin ich sicher, werden wir in kurzer Zeit in diesem Rat den Martinsbergtunnel diskutieren. Der Verkehr kann nicht weiter, er ist blockiert beim Schulhausplatz. Es wird nichts unternommen, dass der Verkehr mit dem Kappelerhof geteilt oder grossräumig unser Tal umfahren würde. Ich denke, es ist falsch, heute die Möglichkeit zu eröffnen, noch mehr Verkehr durch Obersiggenthal leiten zu lassen. Wir haben das in

der Fraktion besprochen und ein Ergebnis erzielt. Wir haben aber heute noch neue Fakten gehört. Ich möchte nun beliebt machen, die Abstimmung nach der Pause durchzuführen, damit die Fraktionen intern nochmals die Argumente diskutieren können.

Erich Rinderknecht: Also wenn jetzt nochmals eine Pause benötigt wird, um das zu diskutieren, erstaunt mich das sehr. Wir haben schon so viele Jahre diskutiert und die Argumente liegen auf dem Tisch. Wenn Kirchdorf fordert, dass die Untersiggenthaler mehr eingebunden werden, dann ist das noch verständlich. Untersiggenthal ist grösser geworden und nutzt die RVBW stärker. Wenn wir sie mehr und mehr einladen, ob sie mit der Kirchdorfer Schlaufe einverstanden sind, glaube ich, dass es klar ist, was die Untersiggenthaler demnächst stimmen werden. Sie stimmen nämlich, dass man von Untersiggenthal gerade nach Nussbaumen fährt, ohne Umweg. Ich glaube, wir müssen aufpassen, dass wir für Kirchdorf das bestehende Angebot behalten können. Passen Sie auf, wenn Sie die Untersiggenthaler anders einbinden wollen. Wir brauchen sie. Gesamthaft in der Region sind diese Verhältnisse noch nicht geregelt. Aber vor dem Martinsbergdurchstich stehen wir auch noch nicht. Das hat die Politik im Aargau bewiesen. Ich möchte noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Wenn wir von einem Kreisel sprechen, dann kann er nur dort sein, wo er jetzt geplant ist. Einzig an diesem Ort haben wir eine Viererbeziehung. Dort ist auch der Anschluss an das Industriequartier. Wir haben Lastwagen, die das Industriequartier erreichen wollen. Mit einem Mittelstreifen hätten ÖV und Lastwagen Schwierigkeiten. Das nimmt nämlich auch zu. Darum bin ich überzeugt, dass wenn wir nach Baden fahren, die Wiedackerstrasse nicht einfach schliessen können. Sonst machen wir den Kirchdorfern den Weg zu und es kommt der ganze Verkehr über den Platz und die Brühlstrasse. Das wird hier aufgezeigt. Mit der Variante, bei der wir den Bus auf der Strasse stehen lassen und nicht in die Bucht nehmen, erleichtern wir vermutlich den Kirchdorfern ein einfädeln in den Verkehr. Ganz sicher wird es Richtung Baden besser. Wie es am Abend ist, wissen wir nicht. Man kann halt einfach nicht alles haben. Wir sprechen schon so lange über dieses Projekt. Ich glaube, den ÖV können wir nicht besser fördern, indem wir einfach nichts machen. Wir haben als Rat einen Entscheid zu treffen und wir sollten den Antrag des Gemeinderates unterstützen, auch wenn Einzelne Nachteile davon tragen.

Max Läng: Zum Votum von Peter Stucki: Die Überlegung, dass wir mit der Busspur mehr Verkehr anziehen würden, kann ich nicht nachvollziehen. Wir sind der Auslöser, dass dieses Projekt jetzt ansteht. Nach der Eröffnung der Obersiggenthaler Brücke im 2002 haben wir festgestellt, dass eine massive Verlagerung des Verkehrs vom Kappelerhof auf unsere Seite erfolgt. Dann hat man gedacht, die sogenannten flankierenden Massnahmen, die Busspur bei der Breite und beim Landschreiber werden nicht mehr ausreichen. In der Zwischenzeit hat es sich tatsächlich so herausgestellt. Jetzt müssen wir - und zwar ausserhalb unseres Siedlungsgebietes - den Verkehr stauen. Und das nur am Morgen. Dann kann versucht werden, den Verkehr zu steuern. Wenn der von Untersiggenthal her kommende Autofahrer bei der Schöneegg bereits merkt, dass er jetzt auf das Stauende trifft, wird er vielleicht auf die Kappelerhofseite wechseln. Dies aber nur zu den Spitzenzeiten. Die Aussage, dass wir mehr Verkehr anziehen, trifft nicht zu. Man muss sich das wie ein Parkhaus mit Lichtsignal vorstellen. Die Autos fahren ins Parkhaus. Sobald es voll ist, leuchtet die rote Ampel. Würde das nicht so gemacht, gäbe es ein Chaos. Das gleiche Prinzip wenden wir an. Baden wäre das Parkhaus. Die Grossräte unserer Gemeinde - mit einer Ausnahme - wehren sich vehement gegen den Martinsbergtunnel. Ebenso vehement haben wir aber eine überregionale Lösung gefordert. Der Baudirektor hat den Gemeinderat für morgen eingeladen und wird die Planungsvarianten vom Petersbergtunnel und andere mögliche Massnahmen vorstellen. Es wird vermutlich fünf oder zehn Jahre dauern, bis man von einem Petersbergtunnel sprechen kann.

Patrick Hehli: Ich bin kein grosser ÖV-Benutzer. Ich verstehe die Vereinigung Kirchdorf nicht ganz. Jetzt endlich ist unsere Gemeinde soweit gekommen, dass sie sich nur um uns kümmert. Jahrelang hatte ich als Automobilist das Gefühl, dass wir den ganzen Müll der Region Baden schlucken. Kürzlich hat Ennetbaden wieder eine Strasse geschlossen. Jetzt kommt das Votum, wir sollen mit Untersiggenthal Absprachen halten. Die Untersiggenthaler sollen selber sehen wo sie bleiben. Jetzt ist die Hoffnung da, dass die viel gepriesene Umfahrung über die Schöneegg endlich benützt wird. Bis heute war das eine Utopie. Ein Lastwagen würde nie über die

Schöneegg fahren wegen dem steilen Stück. Automobilisten vermutlich aus dem selben Grund auch nicht. Vielleicht jetzt, wo sie wissen, dass sie wieder in den Stau fahren. Das andere hat Erich Rinderknecht schon angedeutet. Ist es nicht ein Luxus, dass der Bus nach Kirchdorf fährt? In diesem Projekt vermisse ich die Gegenrichtung. Wir haben jetzt nur vom Morgenverkehr geredet. Aber am Abend ist es nicht besser. Der Verkehr von Baden her kommend ist einfach unglaublich. Was machen wir am Abend? Das möchte ich dem Gemeinderat für morgen mitgeben, dass er zwischen dem Gläschen Weisswein und dem Apérohappchen das Thema aufgreift.

Fabian Humbel: Es ist richtig, dass die Gegenrichtung ein Problem sein kann. Die Mittelzone hilft weniger, aber doch immerhin der Kreisel. Der Rückverkehr kommt von allen Seiten: Neuenhof, Wettingen, Autobahn, Baden. An diesen Orten hat es überall Stau. Von Baden her kommend hilft die Mittelspur nicht sonderlich, doch der Kreisel schon.

Manuel Tejero: Nach Baden bleibt der Bus vor dem Wiedacker auf der Fahrbahn stehen. Das selbe könnte auf der Gegenseite auch gemacht werden. Bei der alten Post könnte er auf der Strasse stehen bleiben. Das müsste man noch einbringen. Der Kreisel ist für diese Situation kein taugliches Mittel, wenn ein Auto nach dem andern kommt. Das ist am Abend nämlich so, und erst noch über rund 4 Stunden. Am Morgen sind es etwa 1.5 Stunden. Es hat keine kontrollierte und abgeordnete Abstimmung in Kirchdorf stattgefunden. Aber wenn 120 Leute an eine Versammlung kommen, und mit einem Verhältnis von 1:7 abgestimmt wird, ist die Lage klar mehrheitlich.

Andreas Schweizer: Ich möchte zuerst über den Rückweisungsantrag abstimmen lassen. Wenn dieser abgelehnt wird, stimmen wir über den gemeinderätlichen Antrag ab.

Ueli Zulauf: Ich möchte die Fraktionsmeinung der SP bekannt geben. Wir unterstützen die Vorlage, allerdings nicht weil wir davon begeistert sind. Sondern weil es eine halbwegs befriedigende Lösung für eine sehr unbefriedigende Situation ist. Leider sind wir wieder in einem Sachzwang. Dieser wurde vor 15 bis 20 Jahren - vermutlich auch hier drin - ausgelöst, durch den Mehrverkehr von Brugg her kommend. Alle damaligen Prognosen haben sich erfüllt und nun müssen wir wieder mit neuen Strassen diesen Mängeln entgegentreten. Wenn jetzt von Max Läng angekündigt wird, dass eine Lösung mit dem Petersbergtunnel angestrebt wird, dann wiederholen wir die gleichen Fehler wieder mit einem Strassenbau. Man muss endlich umdenken und bei der Raumplanung beginnen, man muss mit unpopulären Mitteln die Verkehrslenkung herbeiführen (Mobility-Pricing). Der Individualverkehr könnte mit Lenkungsabgaben gelenkt werden. Für dieses Projekt gibt es meiner Meinung nach jetzt nur die Option, dass man zustimmt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag der CVP wird mit 13 Ja- zu 23 Nein-Stimmen mit 2 Enthaltungen abgelehnt.

Die Ablehnung unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

Manuel Tejero: Kann man einen Antrag stellen, dass wenn das Projekt angenommen wird, es trotzdem überarbeitet werden muss in Bezug auf die Bushaltestelle auf der Fahrbahn und den Fussgängerstreifen?

Max Läng: Als Prüfungsauftrag kann es angenommen werden, aber nicht als dringliches Geschäft. Der Kanton wehrt sich vehement gegen Bushaltestellen auf der Strasse. Wir haben eine Ausnahme erhalten. Wir können aber eine Prüfung verlangen.

Erich Rinderknecht: Ich möchte Manuel Tejero unterstützen in Bezug auf den Fussgängerstreifen. Ich erinnere an den Fussgängerstreifen beim OSOS-Kreisel. Den wollte man zuerst nicht haben, weil er sehr nahe beim Kreisel ist. Heute ist er in Betrieb und funktioniert mehr oder weniger. Kirchdorf braucht dort auch einen sicheren Übergang.

Fabian Humbel: Wir können das Projekt nicht mit Vorbehalt annehmen. Wenn Sie eine Garantie wollen, müssten Sie das Projekt zurückweisen und neu projektieren lassen. Sie haben unsere Zusicherung, dass wir das als dringende Bitte an den Kanton weiterleiten.

Andreas Schweizer: Wir stimmen über den gemeinderätlichen Antrag ab. Dann kann ein Antrag gestellt werden, mit dem der Gemeinderat beauftragt wird, sich für den Fussgängerstreifen einzusetzen.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Abstimmung

**Der Antrag des Gemeinderates,
Das Projekt für die Strassen- und Werkleitungssanierung, Ausbau mit Pfortnerung und Busspur, Kreisel Brühlstrasse und Mittelzone Wiedackerstrasse wird genehmigt und hierfür ein Kredit von 1'325'000 Franken, brutto inkl. MwSt., bewilligt;
wird mit 26 Ja- zu 11 Nein-Stimmen mit 1 Enthaltung genehmigt.**

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

**Der Antrag der CVP,
Der Gemeinderat wird beauftragt, sich für den Erhalt des Fussgänger-Streifens über die Landstrasse bei der Garage Stocker (Volvo) beim Kanton einzusetzen;
wird mit 37 Ja- zu 1 Nein-Stimme genehmigt.**

Dieser Auftrag an den Gemeinderat unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

13 2009.157 Landstrasse K114, Rieden; Strassen- und Werkleitungssanierung Projekt und Kredit von 1'439'000 Franken

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Ursula Spinnler: Die FDP steht hinter dem Projekt. Der Ersatz der Wasserleitung, die immer wieder Brüche erleidet, und der Ersatz der Kanalisations- und übrigen Leitungen scheint unumgänglich und sinnvoll im Zusammenhang mit der Strassensanierung. Uns ist klar, dass die Strasse für schnelles Arbeiten nicht komplett gesperrt werden kann. Um so mehr bitten wir darum, die Bauzeit von 15 Monaten im Sinne der Verkehrsoptimierung und zu Gunsten der Anwohner einzuhalten. Zudem bitten wir den Gemeinderat dringend, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass im Bereich alte Landstrasse und Kantonsstrasse eine zusätzliche Fahrbahnhaltestelle bewilligt wird. Der ÖV-Anschluss ermöglicht den Bewohnern ein hohes Mass an Mobilität und gehört auch zur Standortqualität einer Gemeinde. Die Faktoren für eine qualitativ hochwertige Anbindung einer Wohnlage an den öffentlichen Verkehr sind unter anderem kurze Fusswegdistanzen. Bis zur nächsten Bushaltestelle sollte der Weg idealerweise weniger als 300 m betragen. Der Abstand der Bushaltestelle Oederlin zum Limmatsteg (Fahrtrichtung Nussbau- men) beträgt rund 600 m und zwischen Limmatsteg und Goldwand Richtung Baden sogar

750 m. Wir bemängeln in diesem Projekt lediglich, dass die Beleuchtung nicht im Investitionsplan enthalten war.

Erich Schmid: Auch die CVP hat dieses Geschäft geprüft und einstimmig gutgeheissen. Es war in der Vorlage gut dargestellt. Schade ist, dass in der Aktenaufgabe keine weiteren Dokumentationen vorhanden waren. Uns hat auch gestört, dass die Beleuchtung nicht im Investitionsplan enthalten war. Wir gehen davon aus, dass die Beträge einfach nicht nachgetragen worden sind. Schade ist, dass die Erschliessung beim Oederlin nicht klar ist und ein Provisorium gemacht werden muss. Ist ein Zeitpunkt abschätzbar, wann Klarheit herrscht? Wir gehen davon aus, dass für das Projekt Oederlin - auch wenn der Zeitpunkt noch nicht bekannt ist - Leitungsquerschnitte auf das Projekt angepasst und allenfalls Leitungsvergrößerungen vorgenommen werden.

Hans-Ulrich Schütz: Die SP unterstützt dieses Projekt vorbehaltlos, vor allem die Kernfahrbahn. Es freut uns ausserordentlich, dass wir auch Unterstützung aus anderen Parteien haben für die Haltestelle an der Landstrasse. Unser Gemeindeammann weiss, dass sich Rieden bald 15 Jahre dafür einsetzt. Wenn es jetzt - zusätzlich zur Bushaltestelle - gelingen würde, einen Fussgängerstreifen einzuplanen, dann wäre das das Tüpfchen auf dem i. Vor allem den Kindern auf dieser Seite der Strasse wäre sehr gedient.

Rolf Feitknecht: Die SVP unterstützt dieses Geschäft ebenfalls.

André Ecabert: Wir haben 3.5 Millionen, die wir heute zusätzlich sprechen wollen. Die Sanierung der Landstrasse in Rieden entspricht nicht einem dringendsten Auftrag. Die Sanierung Rieden kann nach Ausbau und Abschluss der Landstrasse in Kirchdorf durchgeführt werden. Eine optimale finanzielle Belastung der Gemeinde würde so sicher verbessert werden, wenn wir dieses Vorhaben entsprechend verschieben. Auf dem Terminplan sieht man sehr gut, dass eine Verschiebung ins 2013 für die Strassensanierung bzw. Durchführbarkeit kein Problem ist. Aber für die finanzielle Belastung der Gemeinde wäre es ein Optimum. Ich stelle den

Antrag,

Beginn der Sanierung Landstrasse Rieden erst nach Abschluss des Ausbaus Landstrasse Kirchdorf frühestens 2013.

Fabian Humbel: Diese Projekte sind aufeinander abgestimmt. Es gibt Gründe, weshalb wir es vorziehen. Einerseits ist von Kantonsseite her klar, dass nicht zwei Baustellen zur gleichen Zeit im gleichen Abschnitt sein sollen. Andererseits haben wir Punkte, die uns veranlassen haben, das Projekt dem Kirchdorfer Projekt vorzuziehen. Insbesondere haben wir seit 2003 etwa 70'000 Franken für die Reparaturen der Wasserleitung aufwenden müssen. Das ist überdurchschnittlich viel. Wir diskutieren seit zwei bis drei Jahren über diese Wasserleitung. Es ist nicht sicher, ob und wie lange sie noch dienlich ist. Das ist mitunter ein Grund, weshalb wir dies als erstes Projekt anpacken möchten.

Zu den Voten bezüglich den sogenannten "nicht vorgesehenen Kosten": Diese Kosten sind schon lange in den Investitionsplänen enthalten. Wir haben auch hier den Investitionsplan unter Punkt 3.2, zweiter Absatz, aufgrund von Kostenvoranschlägen nachgeführt. Das Geld ist zwar nicht als Budgetposten enthalten, aber es ist in der Investitionsplanung berücksichtigt.

Zur Bushaltestelle: Wir sind beim Kanton mehrfach vorstellig geworden. Das Thema ist noch nicht abgeschlossen. Wir möchten die Bushaltestelle auch haben, aber es ist noch nicht genehmigt.

Max Läng: Wir haben bezüglich der Bushaltestelle ein Wiedererwägungsgesuch beim Kanton deponiert. Bis jetzt haben wir noch keine Antwort.

Zum Oederlin-Areal kann ich soviel sagen, dass ich nichts Neues sagen kann. Das Areal ist schon etwa seit 10 Jahren in der Planung und jetzt ist es tatsächlich ein wenig weiter gekommen. Aber wir können keine Aussagen treffen über Zeitpunkt und Ablauf. Vielleicht gibt es

jetzt neuen Auftrieb durch Vertreter von Badener Seite wegen dem Projekt Botta und der Pont Eugénie (neue Fussgängerbrücke beim Oederlin-Areal auf Ennetbadener Seite) mit den Ennetbadenern zusammen.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates,

Das Projekt für die Strassen- und Werkleitungssanierung Landstrasse K114 in Rieden wird genehmigt und hierfür ein Kredit von 1'439'000 Franken, brutto inkl. MwSt., bewilligt; wird mit 35 Ja- zu 1 Nein-Stimmen mit 2 Enthaltung genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

Antrag von André Ecabert,

Beginn der Sanierung Landstrasse Rieden erst nach Abschluss des Ausbaus Landstrasse Kirchdorf frühestens 2013; wird mit sehr grosser Mehrheit abgelehnt.

Die Ablehnung unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

14 2009.143 Erarbeitung eines Konzepts für Tagesstrukturen in der Gemeinde Obersiggenthal - Postulat Silvia Dingwall Stucki (SP) und Josef Sieber (CVP); Prüfung weitergehende Tagesstrukturen an den Schulen Obersiggenthal.

Marie-Louise Nussbaumer Marty, Gemeinderätin: Nachdem Sie im September das Postulat Dingwall/Sieber einstimmig überwiesen haben, haben wir das als Auftrag gesehen, das Thema unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Wir beantragen Ihnen heute nur die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die alle notwendigen Abklärungen treffen kann, damit die Gemeinde Obersiggenthal auf Sommer 2011 mit der Einführung von Tagesstrukturen starten kann. Es ist mir wichtig zu betonen, dass Sie heute nicht über die Art und Ausgestaltung dieser Tagesstrukturen entscheiden, sondern dass Sie damit nur ermöglichen, dass die einzusetzende Arbeitsgruppe alle mit der Einführung in Zusammenhang stehenden Fragen gründlich abklären und Ihnen dann eine Vorlage, die vollumfänglich geprüft ist, unterbreiten kann.

Wir gehen davon aus, dass vom Kanton die Vorgaben für die Tagesstrukturen auf das Schuljahr 2012/13 kommen. Der Gemeinderat Obersiggenthal erachtet es aber als vertretbar und auch wünschbar, dass wir mindestens erste Schritte vorher machen. Dies vor dem Hintergrund, dass die Obersiggenthaler Bevölkerung den Tagesstrukturen im Rahmen der Bildungskleeblatt-Abstimmung deutlich zugestimmt hat, aber auch deswegen, weil wir im Vergleich mit den benachbarten Gemeinden – aus Standortgründen – jetzt dringenden Handlungsbedarf haben.

Ich bitte Sie deshalb, dieser Vorlage heute zuzustimmen. Sie vergeben sich damit noch gar nichts. Erstens werden die Vorgaben des Kantons, wenn sie sich absehen lassen, der Arbeitsgruppe auf jeden Fall eine Richtschnur sein. Zweitens werden Sie eine gut ausgearbeitete Vorlage erhalten, voraussichtlich auch mit verschiedenen Varianten, und dafür braucht die Arbeitsgruppe genügend Zeit. Drittens wird es durch ein Verschieben finanziell kaum günsti-

ger. Wir werden all die Abklärungen so oder so machen müssen. Und viertens – und das vor allem – sind Sie es, auch wenn Sie heute zustimmen, die ganz am Schluss über das Vorgehen und den Zeitplan bestimmen.

Dieter Martin: Die FDP-Fraktion ist nicht gleicher Meinung wie der Gemeinderat. Wir sind der Meinung, wir könnten jetzt abwarten, bis das ordentliche Konzept Tagesstrukturen ausgearbeitet ist. Der Regierungsrat hat das beim Departement Gesundheit und Soziales in Auftrag gegeben. Es macht keinen Sinn, wenn vorgängig ein eigenes Konzept erarbeitet würde. Man würde sogar Gefahr laufen, die Arbeit zweimal machen zu müssen. Das kantonale Konzept sollte bereits 2012/2013 umgesetzt werden können. Die FDP-Fraktion wird einstimmig den Antrag ablehnen.

Ursula Haag: Ich muss der FDP Recht geben. Die SVP Fraktion will keine vorausseilende Konzepterarbeitung, solange auf kantonaler Ebene keine klaren Gesetzesvorgaben zu den Tagesstrukturen vorliegen. Wir stellen aus folgenden Gründen den Antrag, dieses Geschäft sei zurückzustellen:

- Die Tagesstrukturen werden neu dem Sozial- und Präventionsgesetz zugeordnet. Bevor diese neue Gesetzgebung in Kraft treten kann, wird im Frühling 2010 zuerst eine Vernehmlassung gestartet und später dann die Gesetzgebung erarbeitet. Diese Gesetzgebung wird dann in Abständen in erster und zweiter Lesung im Grossen Rat behandelt.
- Die Umsetzung der Tagesstrukturen ist im Kanton auf 2012/13 geplant. Also nur ein Jahr später als es im besten Fall in unserer Gemeinde möglich wäre.
- Offen sind ja auch noch die Umsetzung der Initiative der SVP und die Initiative des Aargauischen Lehrervereins.
- Es gibt zudem im Moment keinen Handlungsbedarf in unserer Gemeinde im Bereich der ausserschulischen Betreuung. Wir verfügen über gut installierte Institutionen wie Tagesstätte, Mittagstisch, Aufgabenhilfe und Randstundenbetreuung.
- Zu den Erwägungen in der Vorlage möchten wir festhalten, dass 9 der 10 genannten Begründungen keine neuen Erkenntnisse beinhalten und allgemein bekannt sind. Der Punkt 10 des Argumentariums akzeptiert die SVP nicht. Es ist nicht relevant, ob in Obersiggenthal das Bildungskleeblatt angenommen worden wäre. Masstab ist das Resultat der kantonalen Abstimmung und wir bitten den Gemeinderat sich an diese Fakten zu halten.

Zusammenfassend stellt die SVP Fraktion den Antrag auf Zurückstellung der Vorlage. Es beseht kein Handlungsbedarf. Die SVP unterstützt keine vorausseilende Konzepterarbeitung, wo die gesetzlichen Grundlagen noch nicht bestehen.

Josef Sieber: Als Mitpostulant bin ich erstaunt. Im September haben wir das Postulat überwiesen und dem Gemeinderat in Auftrag gegeben. Ich bin sehr erfreut, dass der Gemeinderat das Postulat in Angriff genommen hat und uns diese Vorlage präsentiert. Jetzt geht es darum, Grundlagen zu erarbeiten, abzuklären, welche Randbedingungen wir in Obersiggenthal haben. Das hat gar nichts mit dem Kanton zu tun. Es geht nur um uns. Für diese Abklärungen müssen wir nicht warten. Ich bin erstaunt, dass FDP und SVP die Meinung innerhalb von drei Monaten um 180 Grad geändert haben. Ich möchte Sie bitten, die Arbeitsgruppe arbeiten zu lassen.

Silvia Dingwall Stucki: Ich danke dem Gemeinderat, dass er das Postulat so schnell behandelt hat. Ich bin auch erstaunt über die Reaktionen der SVP und FDP. In der kantonalen Abstimmung über das Bildungskleeblatt haben 64 % der Stimmberechtigten in Obersiggenthal die Einführung von Tagesstrukturen an den Schulen befürwortet. Als Vergleich aus der Region: In Baden hat im September 2008 der Einwohnerrat die Strategie-Tagesstrukturen für Kindergarten und Primarschule genehmigt. Bei der Abstimmung zum Bildungskleeblatt im Mai haben fast 70 % der Bevölkerung für Tagesstrukturen gestimmt. Ennetbaden hat schon 2005 ein Konzept für Tagesstrukturen eingeführt. Was denken Sie, wie viele bei der Abstimmung dafür gestimmt haben? Über 80 %, bei einer Stimmbeteiligung von fast 50 %. Diese Zahlen sprechen für sich. Wo Tagesstrukturen bereits eingeführt sind, finden sie grosse Akzeptanz. Wenn unsere Gemeinde den Volkswillen berücksichtigen möchte, sollte sie Tagesstrukturen umgehend einführen. Damit unsere Gemeinde weiterhin für Familien attraktiv bleiben kann, muss sie das

Geschäft zügig an die Hand nehmen und nicht abwarten, bis der Kanton etwas bietet. Selbstverständlich müssen Tagesstrukturen an lokale Bedürfnisse angepasst werden. Dafür brauchen wir eine Arbeitsgruppe. Damit diese Arbeitsgruppe schnell und seriös arbeiten und ein gutes Konzept ausarbeiten kann, braucht sie Geld. Darum bitte ich Sie, den Antrag des Gemeinderates ohne Verschiebungen gutzuheissen.

Patrick Hehli: Josef Sieber, wenn Du richtig zugehört hast, dann hast Du gemerkt, dass weder die SVP noch die FDP gegen den Antrag ist. Wir haben einzig und alleine gesagt, dass wir warten wollen, bis eine klare Gesetzgebung vorhanden ist. Wir haben nicht einfach innert drei Monaten unsere Meinung geändert. Nach wie vor finden wir es eine sinnvolle Sache und wir wollen es auch nicht verbieten. Aber wir wollen abwarten, bis eine Gesetzgebung vorhanden ist. Weshalb soll jetzt etwas erarbeitet werden und im Frühling kommt eine Weisung vom Kanton und wir stellen fest, dass wir total daneben liegen. Wir warten, bis wir klare Fakten haben und können dann etwas auf die Beine stellen.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Wir kennen die Argumente für die Tagesstrukturen. Steter Tropfen höhlt den Stein, oder so ähnlich. Ich erwarte vom Kanton nicht mehr als die Minimalvorschriften mit dem, was jede Gemeinde in Zukunft wird machen müssen. Ich glaube nicht, dass es eine Superlösung geben wird. Sie kennen uns doch, wir werden nicht innert ganz kurzer Zeit eine Lösung präsentieren, die jenseits von Gut und Böse sein wird. Sie wird sich an die Minimalvorgaben des Kantons halten und eventuell noch Varianten enthalten. Aber dass wir ein Angebot ausarbeiten würden, das viel umfangreicher ist als das von Ennetbaden oder Baden, kommt sicher nicht in Frage. Zum Argument, dass kein Handlungsbedarf bestehe: Aus der Schulpflege und der Schulleitung kam nach der Ablehnung des Bildungskleebatts ganz klar der Wunsch, dass das Angebot strukturiert und koordiniert wird. Man habe teilweise zu wenig Platz und es funktioniere nicht immer. Die Wünsche sind da. Kein Handlungsbedarf zu haben, ist übertrieben.

Peter Frey: Es ist eine Vorlage, die für wenig Geld die Leute arbeiten lässt. Wenn die Energie für eine Umsetzung vorhanden ist, dann soll man sie nutzen und nicht wieder abbrechen und warten. Wir unterstützen es, wenn jetzt mit dieser Arbeitsgruppe etwas erarbeitet wird.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates,

- 1 Der Einwohnerrat genehmigt den Bericht des Gemeinderates;**
- 2 Für die Ausarbeitung des Konzepts für Tagesstrukturen an der Volksschule der Gemeinde Obersiggenthal wird für die externe fachliche Begleitung sowie das Sitzungsgeld der Arbeitsgruppe ein Betrag von 11'000 Franken (exkl. MWSt. und Spesen) genehmigt; wird mit 20 Ja- zu 16 Nein-Stimmen mit 2 Enthaltung genehmigt.**

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

15 2009.158 Umfrage

Linus Egger: Die heutigen Anträge habe ich genauer studiert. Mir ist Folgendes aufgefallen: Es gibt Abrechnungen, bei denen steht auf dem ersten Blatt "Die Kosten für das Sanierungsprojekt sind im Finanz- und Investitionsplan enthalten". Im Bericht steht dann "Diese Kosten sind nicht enthalten". Könnte man nicht im Finanz- und Investitionsplan die Positionsnummern zu diesen Kreditanträgen hinzufügen? Es wäre einfacher zum Nachvollziehen.

Wir haben heute zwischen 800'000 und 900'000 Franken mehr bewilligt, als im Investitionsplan enthalten ist. Ich habe an der letzten Sitzung im Oktober darauf hingewiesen, dass wir in den Jahren 2013/2014 zu wenig finanzielle Mittel im Investitionsplan berücksichtigt haben, vielleicht auch schon im 2012. Meiner Meinung nach sollte alles miteinander übereinstimmen. Mir ist klar, dass der Finanzplan rollend ist, aber er ist nicht so rollend, dass Vorlagen fehlen. Die heutigen Vorlagen sind älter als der vorliegende Finanzplan. Ich möchte an unser Ziel erinnern: Wir wollten die Schulden auf 16 Millionen reduzieren. Jetzt fahren wir schon in die andere Richtung. Ich möchte, dass alles besser aufeinander abgestimmt wird. Ich bin gespannt auf das nächste Budget, wenn wieder über 1'000 Franken diskutiert wird.

Lärmschutzwände: Ich bin überrascht, dass ich heute Abend höre, wie die Lärmschutzwände etwa abschliessen werden. Wir von der Fiko haben noch nichts gesehen. Ich bin nicht sicher, ob es geschickt ist, wenn solche Sachen hier erzählt werden, bevor die Fiko die Unterlagen gesichtet hat. Ich kann dazu keine Stellungnahme abgeben.

Patrick Hehli: Wir von der SVP-Fraktion sind von der Rundschau informiert worden, dass der Redaktionsschluss neu am Freitag Morgen, 09.00 Uhr, sein wird. Wir erachten das als denkbar ungünstig. Wir fragen uns auch, wie der Bericht z.B. der heutigen Einwohnerratssitzung publiziert wird. Uns würde interessieren, ob die Gemeinde Obersiggenthal, welche an die Rundschau Zahlungen leistet, das einfach so hinnimmt.

Die Busfahrkarten werden wieder teurer. Ich kenne nur die Preise der Kinderfahrkarten. Diese werden um 70 Rappen teurer. In unserer Gemeinde haben wir zwei verschiedene Zonen. Ich kenne keine andere Gemeinde, die in zwei Zonen aufgeteilt ist. Wir sind die einzige im ganzen Fahrplanbereich. Kann da nicht interveniert werden?

Mike Weber: Zum Votum der Strassenbeleuchtungen: Natriumdampflampen sind nicht unbedingt die energiesparendsten Lampen, aber die verkehrstechnisch besten. Achten Sie sich, die weissen Lampen sind Quecksilberdampflampen und die orangenen sind Natriumdampflampen. Bei welchen sieht man nachts den Passanten am Fussgängerstreifen besser? Das zweite Kriterium ist die technische Lösung. Heute sucht man technische Lösungen, wie man bestehende Infrastrukturen möglichst energiesparend umsetzen kann. Bei neuen Anlagen ist das einfacher als bei zu sanierenden Anlagen. Wir sprechen hier nicht von einer kurzen Strasse, sondern von ganzen Quartieren oder Gemeinden. Der Kosten/Nutzen-Faktor sollte uns nicht zwingen, den Posten über 100 Jahre im Finanzplan zu führen. Die gesparte Energie sollte mehr Wert sein als die Neuanschaffung oder Sanierung. Die Technik hat sich in den letzten Jahren so weiterentwickelt, dass bereits nach fünf Jahren wieder eine neue Technologie auf dem Markt ist. Ich glaube, die EGS arbeitet gut und versucht, energie- und verkehrstechnisch sinnvolle Lösungen einzusetzen. Sie sind auf dem richtigen Weg.

Max Läng: Sie konnten in der Zeitung lesen, dass im Grossen und Ganzen die Kosten für den Busverkehr gleich geblieben sind. Es gab jedoch grosse Verschiebungen auf einzelnen Strecken. Ich kann noch nichts zu unseren Preisen sagen, da zur Zeit noch Abklärungen laufen. Das E-Mail der Rundschau haben wir auch erhalten und wir waren noch entsetzter als die SVP. Der Gemeindegeschreiber hat umgehend zurückgeschrieben, dass das unhaltbar ist und wir in diesem Fall die Rundschau nicht mehr als amtliches Publikationsorgan nutzen könnten. Wir sind darauf angewiesen, dass nach der Gemeinderatssitzung am Montag jeweils bis Dienstagmorgen Publikationen erfolgen können. Die neue Regelung gilt nur für private Einsender. Die Gemeinden können weiterhin bis Dienstag Publikationen melden. Jetzt müssen sich die Privaten wehren.

Silvia Dingwall Stucki: Im Juni habe ich im Einwohnerrat das Problem mit dem Veloweg an der Landstrasse Süd angesprochen. Damals wusste ich keine Lösung. Wenn man nun Richtung Ennetbaden fährt, sieht man vor dem Tunnel einen rot markierten Veloübergang. Wäre so etwas bei der Breite nicht möglich? Ich nehme an, der Gemeinderat muss in nächster Zeit regelmässig mit dem Kanton über die Landstrasse sprechen im Zusammenhang mit den Sanierungen in Rieden und Kirchdorf. Könnte der Gemeinderat das Problem mit der Entflechtung der Velowege von Baden her kommend auch behandeln? Ich habe heute mit dem Velo viele Autos, die im Stau stecken geblieben sind, überholt und habe mir gedacht, dass ich den

Stau noch schlimmer gemacht hätte, wenn ich mit dem Auto unterwegs gewesen wäre. Eine Verbesserung des Velowegs an der Landstrasse Süd könnte ein kleines bisschen dazu beitragen, Velofahren attraktiver zu machen und somit indirekt ein kleines bisschen zur Stauverminderung beitragen.

Hans-Ulrich Schütz: Könnte man in den Bushäuschen der Gemeinde eine Regelung aufhängen, wonach festgelegt wird, dass lokale Anzeiger erste Priorität haben. Die Plakatierung war diesmal wieder besonders mühsam.

Hans-Peter Uehli: Die Gemeinde hat eine sehr gute Homepage. Es ist sehr wertvoll, wenn man etwas nachlesen will. Es hat aber einen Nachteil. Seit einem Jahr hat es Entscheide drin, deren Links ins Leere laufen. Ich habe vor längerem mit der Kanzlei Kontakt aufgenommen. Es hiess dann, das dauert ein Weilchen. Wie lange ist ein Weilchen?

Fabian Humbel: Die Anregung zum Veloweg werde ich so mitnehmen.

Max Läng: Das Weilchen dauert bis Ende Januar.

16 2009.159 Schlussworte und Verabschiedungen

Andreas Schweizer: Ich darf heute 19 Ratsmitglieder verabschieden. Auf den ersten Blick scheinen das sehr viele zu sein. Bei genauerem Hinsehen zeichnet sich unser Rat durch eine grosse Beständigkeit aus. Während der Amtsperiode sind nur sechs Mitglieder zurückgetreten. Zwölf Mitglieder haben sich nicht mehr wählen lassen und ein Mitglied wurde nicht mehr gewählt. Ein kleiner Exkurs zu den sechs Mitgliedern, die während der Amtsperiode zurückgetreten sind. Unter dem Titel "Laufen die Politiker davon?" hat im Mai dieses Jahres eine Zeitung eine Umfrage gemacht. Da steht Obersiggenthal sehr gut da. Mit ebenfalls 40 Einwohnerräten gab es in Wohlen 14 und in Zofingen 12 Rücktritte. Mit 50 Einwohnerräten führt Aarau das Feld an. Da gab es in der gleichen Zeit 17 und in Baden 15 Rücktritte während der Legislatur. Allerdings müssen wir feststellen, dass sich jetzt viele von uns nicht mehr zur Wahl stellten. Damit findet auch bei uns ein tüchtiger Wechsel statt. Ich habe zusammengezählt. Mit dem Weggang dieser 19 Ratsmitglieder gehen dem Rat 165 Jahre Einwohnerratserfahrung verloren. Das ist doch ganz beachtlich.

Ich möchte allen ganz herzlich danken für ihren Einsatz zu Gunsten der Gemeinde. Der Dank geht an alle, an diejenigen, die den Rat verlassen und an diejenigen, die bleiben. Sieben Ratsmitglieder, die ich heute verabschieden darf, gehörten zwölf oder mehr Jahre dem Rat an. Zwölf Ratsmitglieder waren weniger als zwölf Jahre im Rat. Ich beginne mit den zweiten und bitte darum folgende Kolleginnen und Kollegen nach vorne:

Mit 11 Jahren **Bruno Burkart**, hat sich entschuldigt für die heutige Sitzung. Mit 8 Jahren **Rolf Frech** und **Paul Vogelsang**. Mit 7 Jahren **Judith Brönnimann** und **Josef Sieber**. Mit 6 Jahren **Adrian Schmid** und mit 4 Jahren **André Ecabert**, **Thomas Frei**, **Sandra Göbelbecker**, **Franziska Grab** und **Jörg Stumpf**. Er wurde auch schon verabschiedet, auch als Einwohnerratspräsident.

(Die Mitglieder begeben sich nach vorne. Sie erhalten ein Präsent und es wird fotografiert. Die Anwesenden applaudieren.)

Jetzt kommen wir zu der ersten Gruppe.

Wer während zwölf Jahren Verantwortung für die Gemeinde übernimmt, wurde zu 60 Einwohnerratssitzungen eingeladen, zu ebenso vielen Fraktionssitzungen und und und... Ich kann nicht alle Zurücktretenden persönlich mit einer Laudatio verabschieden, aber bei einer Person mache ich eine Ausnahme, weil die 20 Jahre von **Erich Rinderknecht** auch eine Ausnahme sind.

Lieber Erich, wir kennen uns schon länger als 20 Jahre, allerdings als Lehrer in diesem Schulhaus. Wo auch immer du aufgetreten bist, du hast dich ausgezeichnet durch eine klare pointierte Meinung. Ausserdem warst und bist du ein "Chrampfer", der der Sache auf den Grund gehen will. Deine Auftritte – nicht nur im Einwohnerrat – waren so überzeugend, dass die meisten Leute nichts mehr dagegen sagen konnten. Du hast gerne provoziert und diskutiert und so sind wir hin und wieder etwas zusammengestossen. Wir wussten voneinander, dass bei vielen Abstimmungen sich unsere Stimmen aufhoben. Du kannst jetzt die Zukunft ein bisschen ruhiger angehen. Deine Hauptthemen, das Militär und die Bezirksschule sind auf unterschiedlich guten Wegen. Die Gemeinde war dir aber auch stets ein Anliegen. Dein Vater war Gemeindegammann in Turgi, das hat bei dir Spuren hinterlassen. Erich, du hast viel Zeit für die Gemeindepolitik investiert. Ich danke dir ganz herzlich für deinen Einsatz. Ich bin gespannt, was man in den nächsten Jahren von dir hört.

Ich bitte jetzt folgende Personen nach vorn zu kommen:

Mit 20 Jahren **Erich Rinderknecht**; mit 14 Jahren **Stefan Drack**, hat jung begonnen und ist jung zurückgetreten, mit 12 Jahren **Rolf Feitknecht**, **Erich Gutknecht**, **Stefan Hitz**, **Dieter Lüthi**. Über ihn habe ich gehört, dass er nie im Einwohnerrat gefehlt hat. Das ist ein Applaus wert. **Hans Peter Uehli** wurden schon mehrere Verabschiedungen zuteil: Als Präsident der Finanzkommission und als Gemeinderat.

Vor vier Jahren wurde im Protokoll festgehalten, dass zum letzten Mal Zinnbecher verteilt würden. Wir haben etwas Neues gesucht. Ich möchte hier einen Sponsorendank aussprechen. Herr Lorenzi, der in unserer Gemeinde wohnt und in Baden ein Geschäft führt, hat die Kosten für die Gravuren übernommen.

Max Läng: Ich bitte **Peter Imholz**, hier vorne auf dem Stuhl Platz zu nehmen. Peter Imholz ist auf den 1. Januar 1999 als Präsident und Nachfolger von Georg Schleuniger in die Einbürgerungskommission gewählt worden. Er übernahm eine Aufgabe, die in jeder Gemeinde wahrscheinlich zu den anspruchsvolleren zählt. Einbürgerungen, dies kennen wir von den vielen Diskussionen zur Genüge, sind und bleiben ein Dauerthema und beschäftigen viele Stellen, und manchmal auch Gerichte.

Die Arbeit in der Einbürgerungskommission hat sich in den letzten Jahren stark verändert. In der Ära von Peter Imholz sind hervorragende Unterlagen geschaffen worden, die den Bewerbern als Prüfungsvorbereitung zur Verfügung gestellt werden konnten. Diese haben das Einbürgerungsprozedere teilweise standardisiert und sicher auch vereinfacht. Peter Imholz hat für diese Unterlagen einen grossen persönlichen Aufwand geleistet, zu Hause in aller Ruhe, an seinem Schreibtisch und PC.

Die individuelle Prüfung der Bewerber ist während den letzten Jahren immer aufwendiger geworden. Man nimmt auf die persönliche Situation der Bewerber mehr Rücksicht: Zum Beispiel auf den familiären Hintergrund, in Bezug auf die Bildung, den schulischen Rucksack, auf die Möglichkeit sich in einer fremden Sprache ausdrücken zu können und vieles andere mehr.

Die Gabe, Bewerbungsgespräche straff und gleichzeitig mit der nötigen Sensibilität zu führen, ist nicht jedermann gegeben. Peter Imholz aber war dazu hervorragend befähigt. Von seiner Persönlichkeit her, seinem Allgemeinwissen und auch als langjähriger Lehrer und Rektor. Er brachte die idealen Voraussetzungen für diese Kommission mit. Als Gesprächsleiter hat er viele Emotionen miterlebt und teilweise sicher auch mitgelitten. Glückstränen, wenn beispielsweise Bewerber mit einer schweren Vergangenheit die Prüfung bestanden hatten und endlich wieder eine Heimat fanden. Auch wenn es ein neue war. Aber auch Tränen der Enttäuschung, wenn die Einbürgerung, teilweise nach mehrmaligen Anläufen, nicht gelingen wollte.

Peter Imholz hat mit einem sehr grossen Einsatz und viel persönlichem Engagement die Einbürgerungsdossiers begleitet oder bearbeitet. In den letzten zehn Jahre haben Einbürgerungen im Einwohnerrat eigentlich nur in ganz wenigen Fällen zu Diskussionen geführt. Dass Obersiggenthal, als eine der wenigen grossen Gemeinden im Kanton, bisher keinen einzigen

Rechtsstreit im Einbürgerungswesen führen musste, ist in erster Linie auf die hervorragende Dossierführung und auch die Begründungen im Ablehnungsfall zurückzuführen. Auch dies ist sicher ein wesentliches Verdienst des Präsidenten der Einbürgerungskommission.

Im Namen des Gemeinderates, und sicher auch des Einwohnerrates, danke ich Peter Imholz für seine grosse Arbeit. Ihn zu ersetzen wird nicht einfach sein. Auch er bekommt ein Messerset und etwas Spezielles, das wir nicht heute sondern zu einem späteren Zeitpunkt persönlich überreichen werden.

(Kräftiger Applaus für Peter Imholz).

Verabschiedung der Finanzkommission

Von insgesamt sieben Fikomitglieder treten per Ende Jahr fünf zurück, man kann schon fast von einem Aderlass reden. Die Arbeit in einer Fiko ist ein zeitlich sehr aufwendiger Job und auch fachlich ist man stark gefordert. Im Frühling muss die Rechnung geprüft werden und Ende August steht schon wieder das Budget und der Finanz- und Investitionsplan an. Und dazwischen gibt es seit einiger Zeit auch noch die Tiefenprüfung von externer Stelle. Fikoarbeit ist Knochenarbeit. Die Prüfungsarbeit wird aufgeteilt, und dann heisst es an vielen Abendsitzungen die Zahlen und die Begründungen zu hinterfragen. Als Fikomitglied muss man dem Gemeinderat und auch der Verwaltung gegenüber kritisch eingestellt sein. Das ist ihre Aufgabe. Und dass es dabei ab und zu zu heftigen Diskussionen kommt ist unvermeidlich. Wenn alles in Minne ablaufen würde, dann würde etwas nicht stimmen.

Im Grossen Rat haben wir kürzlich in erster Lesung über das zweite Paket GeRAG, Gemeinde-reform Aargau, diskutiert. Im zweiten Paket, es geht unter anderem auch um die Umbenennung des Gemeindeammanns in Gemeindepräsident, ist auch die Bilanzprüfung von Gemeinderechnungen enthalten. Alternativ legte dazu der Regierungsrat auch eine Variante vor, die Finanzkommissionen ganz abzuschaffen. Dagegen haben wir uns mit Erfolg gewehrt. Eine Fiko, die die lokalen Verhältnisse kennt, kann wesentlich tiefer in die Materie eindringen, sie kann Hinweise aus der Bevölkerung aufnehmen und auch politischen Fragen nachgehen. Deshalb muss man die Arbeit der Fiko unterstützen. Dass diese Arbeit in unserem Milizsystem aber schwieriger geworden ist, müssen wir auch feststellen. Die Mitglieder, die im Berufsleben stehen, haben aus verständlichen Gründen oft Mühe, die notwendige Zeit aufbringen zu können. Und dass der Präsident sehr stark belastet wird ist eine weitere Erscheinung. Deshalb müssen wir Sorge zur Fiko tragen.

Ich danke den austretenden Mitgliedern der Fiko ganz herzlich für ihre intensive und oft mühselige Arbeit und hoffe, dass sich auch wieder genügend Nachfolger zur Verfügung stellen werden. Folgende Kommissionsmitglieder treten zurück: **Roger Rüede**, **Adrian Schmid**, und **Christoph Villiger**, alle seit 2002 dabei. Dann **Franziska Grab**, die bekanntlich vom Schützenhäuschen in den Schützenstand umzieht, und **Ueli Zulauf**, beide sind seit 2006 dabei.

(Die Mitglieder begeben sich nach vorne und empfangen das Präsent unter kräftigem Applaus).

Verabschiedung Andreas Schweizer

Mit Andreas Schweizer ist vor zwei Jahren ein Politfuchs, um nicht den Ausdruck des alten Hasen erwähnen zu müssen, als Einwohnerratspräsident gewählt worden. Wie nicht anders zu erwarten war, hat er die Sitzungen straff und souverän geleitet. Geholfen dabei hat ihm ganz sicher seine jahrzehntelange Erfahrung im Grossen Rat. Aber trotz grosser Routine in der Parlamentsarbeit hat er nichts dem Zufall überlassen. Dies habe ich bei den Vorbesprechungen immer wieder feststellen können. Er wollte möglichst alle Varianten und Möglichkeiten diskutieren und besprechen, um auf die Sitzung wirklich gut vorbereitet zu sein.

Wiederholt hat er auch Bisheriges in Frage gestellt, zum Beispiel, dass man bei klaren Mehrheiten wirklich nicht immer auszählen muss. Und dies, nur nebenbei gesagt, auch zur willkomme-

nen Entlastung der Stimmzähler. Geholfen hat ihm auch sein trockener Humor. Das Bier-ernste Politisieren ist nicht seine Sache. Da ist er gleicher Meinung wie seine Chefin, Pascale Bruderer, die auch noch ein Leben neben der Politik führt. Dass ihm dieses nicht schwer fällt ist klar, wenn man weiss wo und wie er in Kirchdorf zu Hause ist. Als Senior tritt er nun, wahrscheinlich, endgültig aus einem öffentlichen politischen Amt zurück. Aber so sicher ist dies nicht, wenn man weiss, dass es in der Politik das Wörtchen Nie nicht gibt.

Ich danke Andreas Schweizer herzlich für seine Arbeit als Ratspräsident und wünsche ihm im aktiven Ruhestand Zufriedenheit und eine gute Gesundheit.

(Der Ratspräsident wird unter kräftigem Applaus verabschiedet.)

Verabschiedung Fabian Humbel

Fabian Humbel ist wahrscheinlich einer der jüngsten Gemeinderäte, der in den Gemeinderat Obersiggenthal gewählt worden ist, zumindest soweit ich mich erinnern kann. Er befindet sich damit mit Pascale Bruderer und Doris Leuthard in bester Gesellschaft, bzw. war sogar diesen beiden voraus. Fabian ist nach einer siebenjährigen Vakanz der FDP im Gemeinderat, im Jahre 2005 mit der höchsten Stimmenzahl gewählt worden. 26 Jahre alt war er bei seiner Wahl und studierte damals in Zürich an der juristischen Fakultät. Sein Studium schloss er ab mit einer Dissertation mit dem Titel "Subventionsbetrug: Kehrseite des Einsatzes von Subventionen als staatliches Handlungsinstrument stellen missbräuchliche Erlangung und Verwendung der bereitgestellten Mittel dar". Ob er diese Kenntnisse bei uns anwenden konnte ist mir allerdings nicht bekannt.

Einer der Schwerpunkt seines Ressorts lag bei den sogenannten flüssigen Medien, nämlich die Trinkwasserversorgung, das Hallen- und Gartenbad und das Abwasser. Was ich schon bei der Verabschiedung von seinem Vorgänger, Franz Mesey, vor vier Jahren gesagt hatte, trifft auch heute noch zu. Fabian Humbel war aufgrund seiner Ressorts ein teurer Gemeinderat. Ins gute Tuch, wie man so schön sagt, sind vor allem seine Investitionen gegangen. Da stecken wir bekanntlich mitten drin. Neubau Reservoir Kirchdorf, Umbau Reservoir Grütt, neue Steuerung im technischen Zentrum, als wichtigste Teile des bewilligten Kredites. Übrigens, Fabians Finanzplan geht bis ins Jahr 2024. Die Kanzlei, die bekanntlich alle Gemeinderäte überlebt, wird Fabian Humbel im Jahre 2024 anrufen und ihm im Sinne einer Erfolgskontrolle mitteilen, ob seine Zahlen gestimmt haben oder nicht.

Bezüglich Investitionshöhen gelang es Fabian spielend, das Ressort Wasserversorgung sogar noch zu übertreffen. Strassen kosten halt noch mehr, dies konnten wir heute einmal mehr feststellen. Juristen sind oft Alleskönner, müssen auf vielen Gebieten zu Hause sein. Dies ist auch bei Fabian nicht anders. Er hat sich intensiv in den Tiefbau eingearbeitet und kann heute problemlos einen AB6 von einer Heissmischtragschicht unterscheiden. Für Laien: Ich rede von Asphaltbelägen.

Auf dem sportlichen Gebiet, auch dies ein Teil seiner ihm zugeteilten Aufgaben, war er vor allem im administrativen Bereich tätig. Die Praxis überliess er eher andern. Ein Projekt, das ihm am Herzen lag, muss er leider unerledigt seiner Nachfolgerin übergeben. Es handelt sich um die dringend notwendigen Rasen- oder Kunststoffspielfelder für unsere Fussballer. Da stellt man fest, dass selbst Juristen nicht immer alle Probleme lösen können. Aber dies ist ein ganz seltener Fall.

Und zu guter Letzt die Kultur. Auch er merkte, dass ohne Zuschüsse der öffentlichen Hand kulturelle Anlässe nicht möglich sind. Ein Höhepunkt war für ihn die Badenfahrt 2007. Mit dem Motto "Welt statt Baden" wurde er mit dem Kubus unter der Hochbrücke ins grosse Badener Festgetümmel geworfen. Das Resultat kennen wir: Obersiggenthal hat sich einmal mehr hervorragend präsentiert.

Fabian hat nichts dem Zufall überlassen. Er beherrschte sein Metier und seine Geschäfte, auch wenn er zu Beginn einige Überredungskunst aufwenden musste, um den Einwohnerrat von seinen gut vorbereiteten Geschäften zu überzeugen. Mit Fabian hatten wir im Gemeinderat eine hervorragende Zusammenarbeit. Er vertrat das Sachgeschäft und nicht die Parteipolitik. Mit seinem Rücktritt geht einmal mehr viel Fachwissen verloren. Aber das ist halt das Los der nebenamtlich tätigen Gemeinderäte in unserem Milizsystem. Aber ich bin sicher, dass er während den letzten vier Jahren einen hervorragenden Einblick in die Arbeit einer Gemeindeverwaltung erhalten hat. Wer weiss, vielleicht beflügelt ihn dies in späteren Jahren zum Aufstieg in höhere Sphären. Die Entwicklung der Aargauerinnen in der hohen Bundespolitik kennen wir ja alle bestens.

Ich danke Fabian für seine grosse Arbeit im Gemeinderat und übergebe ihm, als Kulturchef der Gemeinde, etwas Kulturelles, nämlich ein Herbstbild, stellt einen Zweig der Pflanze *Sorbus aucuparia*, zu deutsch Vogelbeere oder Eberesche, dar. Der Künstler wohnt auf dem Herenstein und heisst Heinz Eith.

(Kräftiger Applaus für Fabian Humbel.)

Dieter Martin: Fabian ist im Jahr 2001, also im zarten Alter von 22 Jahren als Jurastudent zur FDP-Fraktion gestossen. Er hat sich im gleichen Jahr für den Einwohnerrat aufstellen lassen und wurde sang- und klanglos gewählt. Er war während seiner Legislatur als Einwohnerrat Mitglied der Einbürgerungskommission und der Planungskommission. Während der Zeit im Einwohnerrat hat er sein Jura-Studium abgeschlossen und im Herbst 2005 wurde er in den Gemeinderat gewählt. Während seiner Zeit als Gemeinderat hat er promoviert und darf sich Doktor der Jurisprudenz nennen. In seiner Funktion als Gemeinderat ist er immer durch seine gute Vorbereitung aufgefallen und hat durch seine ruhige Art, wie er auf Fragen aus dem Plenum geantwortet hat, kompetent dieses und jenes unterstreichen können. Wir durften an unseren Fraktionssitzungen immer auf seine Unterstützung zählen. Eine berufliche Neuausrichtung zwingt Fabian, sein Gemeinderatsamt niederzulegen und sich ganz auf seine neue Aufgabe als Berater auf internationalem Parkett zu konzentrieren. Wir respektieren diesen Schritt, bedauern aber gleichzeitig, dass wir nicht in der Lage waren, einen adäquaten Ersatz für den Gemeinderat zu finden. Fabian, im Namen der FDP-Fraktion danke ich Dir für die ausgezeichnete Ratsarbeit und wünsche Dir persönlich wie beruflich alles Gute für die Zukunft.

(Fabian Humbel erhält unter Applaus ein Präsent der FDP-Fraktion).

Fabian Humbel: Vier Jahre sind relativ schnell vergangen, es geht auf Ende Jahr zu. Ich gebe das Amt freiwillig ab, aber ich gebe es nicht gerne ab. Es hat mir immer viel Spass gemacht. Ich kann Ihnen versichern, dass hinter dem lapidaren Kommentar in der Zeitung "Humbel hat keine Zeit" grössere Überlegungen steckten. Die Arbeit hat mir sehr viel Spass gemacht. Ich habe es sehr geschätzt, dass ich als junge Person Einblicke in Gebiete erhalten habe, die andere nicht hatten. Auch die Zusammenarbeit im Rat, im Gemeinderat und in der Verwaltung sowie in den Kommissionen habe ich immer gerne gemacht. Die Freude an einer solchen Arbeit ist wichtig, auch wenn man nicht immer gleicher Meinung ist. Es ist ein schönes Amt. Ich hatte je länger je mehr zeitliche Schwierigkeiten, alles unter einen Hut zu bringen. Hier stosse ich, wie viele andere auch, an die Grenzen unseres Milizsystems. Die Erfahrung als Gemeinderat möchte ich nicht missen. Ich wünsche meiner Nachfolgerin ganz viel Freude an dieser spannenden Tätigkeit. Ich habe im Rat besonders geschätzt, dass Geschäfte nicht einfach "durchgewunken" wurden, sondern dass sie hinterfragt worden sind. Ich bedanke mich bei allen, die mich unterstützt haben und die mir ihr Vertrauen entgegen brachten.

Andreas Schweizer: Als erstes möchte ich danken. Links von mir dem Vizepräsident Patrick Hehli, dann möchte ich den beiden Stimmzählerinnen, Lisa Dick und Denise Hunziker – heute ist Erich Gutknecht dabei – danken. Es ist, das haben wir heute wieder erlebt, keine einfache Arbeit. Die Pause mussten sie jeweils beim Auszählen der Einbürgerungen verbringen. Herzlichen Dank für Eure Zusatzarbeit.

Ein Dank geht an den Gemeinderat. Ich habe die Zusammenarbeit mit den Damen und Herren sehr konstruktiv erlebt, besonders die Vorbereitungssitzungen mit dem Gemeindeammann. Danken möchte ich Toni Meier und Stefan Ackermann. Sie waren die Akteure im Hintergrund und Toni war für mich die Versicherung, wenn ich nicht mehr weiter gewusst hätte. In Abwesenheit danke ich dem Jugendnetz. Sie haben in den vergangenen zwei Jahren für Kaffee, Tee und Kuchen in der Pause gesorgt.

Sie haben in der Pause bereits die schön dekorierten Tische gesehen. Ich danke Frau Suter und Frau Niederhauser von der Kanzlei für diesen Einsatz.

Danken möchte ich aber vor allem Ihnen. Sie haben dem Präsidenten die Arbeit leicht gemacht. Ich habe mich akzeptiert gefühlt, obwohl ich neu im Rat war.

Vor vier Jahren wurde ich in diesen Rat gewählt. Das Vizepräsidium und das Präsidium kamen dann doch sehr überraschend, denn Sandra Göbelbecker war für diese Ämter gesetzt. Die Führung dieses Rates habe ich gern übernommen, meist hat es sogar Spass gemacht. Beim Amtsantritt hatte ich nur eine Bedingung: Ich brauchte Licht am Pult, um den Überblick oder den Durchblick zu behalten. Sie alle sitzen im Halbdunkel. Ich wünsche Ihnen, dass Sie während der nächsten Legislatur besser beleuchtet werden. Vor vier Jahren haben wir das Sitzungsgeld erhöht – jetzt wäre das Licht an der Reihe.

Nach mehr als 30 Jahren Politik auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Rollen ist das Einwohnerratspräsidium mein Abschluss der politisch aktiven Tätigkeit. Es war eine gute Erfahrung. Ich danke Ihnen, dass sie mir das mit meiner Wahl ermöglicht haben.

Ich darf Sie jetzt zu einem kleinen Imbiss und zu einem gemütlichen Beisammensein einladen. Die Sitzung ist beendet.

Der Präsident:

Andreas Schweizer

Der Protokollführer:

Stefan Ackermann